

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle andern 30 Pf. pro
3gepaltene Zeile

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 20 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräun-
straße 10b .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 20. Mai 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Görlitz in Reih und Glied. — Der amerikanische Sattlerverband. — Die rechtliche Seite der Bauarbeitersperrung. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Geschir- und Zellbranche Berlins. — Verächtlichung. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Rundschau. — Briefkasten. — Adressänderungen. — Sterbetafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 23. bis 28. Mai ist der 21. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger wie fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Breslau. Die Treibriemensattler stehen noch in einigen Betrieben in der Lohnbewegung.

Brieg (Bez. Breslau). Die Kollegen der Militäreffektenfabrik der Firma Schneider stehen im Ausstand.

Dresden. Die Treibriemen- und die Geschirrsattler stehen in einer Lohnbewegung.

Leipzig. Wegen allgemeiner Lohnbewegung ist unser Ort streng zu meiden. 100 Kollegen stehen noch im Streik. Bei der Firma Moritz Wädler ist eine zufriedenstellende Einigung erzielt.

München. Die Reifeseffektensattler stehen in einer Lohnbewegung, unser Ort ist daher zu meiden.

Münster. In der Branche der Linoleumleger (Verb. d. Tapezierer) sind Differenzen ausgebrochen.

Die Treibriemensattler im Rheinland stehen in einer Lohnbewegung. Arbeitsangebote sind daher mit Vorsicht aufzunehmen.

Ausland.

Schweiz.

Basel. Der hiesige Platz ist für Sattler aller Branchen gesperrt und daher streng zu meiden. Von allen den vorgenannten Orten ist der Bezug streng fernzuhalten.

Görlitz in Reih und Glied.

Der Lenz ist da, so jubiliert es uns allenthalben entgegen. Die Bäume stehen im schönsten Blütenstiel, der Wald belaubt sich aufs neue, das fette Grün der Wiesen, durchwirkt mit gelben Blumen, einem weichen Teppich gleich, ladet uns ein, auszurufen. Ueberall, wo wir uns auch hinwenden mögen, schauen und empfinden wir das allgemaltige Wirken der Natur. Da kann der Mensch nicht zurückbleiben. Mit Macht will

es ihn fortreißen; auch er will seinen Teil haben an dem Blühen und Werden der Natur.

Die Wohlhabenden und Besitzenden halten in Familien- und Freundeskreisen Kat, auf welchem schönen Flecken Erde sie sich von den Vergnügungen und Anstrengungen des Winters ausruhen können, um neue Kräfte für zukünftige Freuden zu sammeln.

Den Arbeitern jedoch, die tagsaus, tagein im Fröndienst des Kapitals stehen, wird im allgemeinen keine Ferienzeit, kein Sommerurlaub gewährt, der ihnen doch in erster Linie gebührt. Mehr denn sonstwo heißt es hier: „Zeit ist Geld!“ Wer nicht arbeitet, hat auch nichts zu essen. Ob Sommer, ob Winter, ob die Blätter fallen oder ob der steigende Saft die Knospen aufbricht, jeder Tag in der Woche ist ein Arbeitstag. Aber nicht nur die Schönheiten der Natur sind dem Proletarier verschlossen, er ist ein Paria, ein Ausgestoßener, er kann nicht teilnehmen an den Errungenschaften der Kultur, die Fortschritte der Technik werden oft zu seinem Nachteil in den Dienst der Warenproduktion gestellt. Es ist nicht selten, daß die Inbetriebsetzung einer Maschine Hunderte von Proletariern außer Arbeit und Verdienst bringt. Zu dieser Misere kommt noch, daß man ihnen die notwendigen Lebensmittel verteuert. Wägen sie dagegen zu protestieren, wollen sie die Gesehgebung beeinflussen, so greift die Regierung unter Beihilfe der Volksausbeuter, Junker und Pfaffen, zur Rechtsmache der Arbeiterschaft. Das Wahlrecht soll ihnen noch mehr beschnitten, wenn nicht ganz genommen werden. Wo dieses Mittel noch nicht angewendet werden kann, da greifen die Unternehmer zur brutalen Auspehrung. Daß der Hunger an eheften revolutionierend wirkt, ist eine allbekannte Tatsache. Der Vater Staat sucht daher den Hunger mit blauen Bohnen, zubereitet in Maschinen-gewehren, den Arbeitern zu servieren. Das sind in Preußen-Deutschland jetzt die markantesten Zustände, die uns in die Zeit des barbarischen Mittelalters zurückversetzen. Angesichts dieser Vorgänge kann und darf die Arbeiterschaft nicht voller Demut die gefalteten Hände in den Schoß legen. Er muß sich ein Beispiel an der Natur nehmen. Wie Blätter und Blüten die Hülle zum Blasen bringen, die ihnen bisher den Blick zur Sonne verwehrte, so müssen die Arbeiter die ihren Blick verdunkelnde Hülle, Dummheit und Indifferenz, iprengeu. Wie ein einzelner Baum auf großem Felde den Lenzesstürmen preisgegeben ist, wie ein einzelstehender Grasalm hin- und hergeschwankt, so ist auch der Arbeiter, wenn er allein, ohne Verbindung mit seinen Genossen ist, allen Stürmen des Lebenskampfes wehrlos ausgeliefert. Im Walde schützt ein Baum den anderen, auf der Wiese ein Galm den anderen, in der Gewerkschaft ein Kollege den anderen. Dieser alten Wahrheit kann kein vernünftig denkender Kollege sich verschließen, weshalb der Organisations-

gedanke unter unseren Berufsgeossen im steten Wachstum begriffen ist. Der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben. In Orten mit guten Organisationsgedanken sind die Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Die Kollegen haben sich das Recht erkämpft, bei Festlegung der Arbeitsbedingungen regelnd einzugreifen. Auch in Schlesien ist es tapfer vorwärts gegangen. Bei diesen Regungen und Bewegungen wollen und können die Görlitzer Reifeartikelsattler nicht zurückbleiben. Sie verlangen nach einer kürzeren Arbeitszeit, nach höheren Löhnen, um so die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen; sie sind willens, dort ein Wörtchen mitzureden, wo sie den größten Teil ihres Lebens arbeitend verbringen, wo sie ihre Arbeitskraft, aber nicht ihr eigenes Selbstbewußtsein verkaufen. Das ist der Wille der Görlitzer Reifeartikelsattler. Aber nicht beim Willen und Wollen darf es bleiben, hier muß die Tat folgen!

Die Notwendigkeit der Forderungen zwecks Erreichung kürzerer Arbeitszeit und höherer Entlohnung hier noch zu begründen, hieße Schlesien nach Görlitz bringen. Es möge nur die Feststellung genügen, daß die Reifeartikelarbeiter in Görlitz die am schlechtesten entlohnten in ganz Deutschland sind. Die Görlitzer Koffer-, Taschen- und Schultornister sind eine empfindliche Konkurrenz auf dem Warenmarkt, die bei irgendwelchen Forderungen der Arbeiter ausgespielt wird. Ja, es ist die Behauptung nicht von der Hand zu weisen, die Leipziger Reifeartikelarbeiterbewegung schon längst hätte erfolgreich beendet sein können, wenn die Görlitzer Fabrikanten nicht so billig produzieren würden, weil die von ihnen gezahlten Löhne weit hinter den berechtigten Forderungen der Leipziger zurückstehen.

Darum, Ihr Görlitzer Sattler, laßt nicht länger den Vorwurf auf Euch lasten, daß Ihr bei Eurer Arbeit Leidet und gleichzeitig die Löhne der übrigen Kollegenschaft Deutschlands drückt. Zeigt, daß Ihr fortan für Euch und Eure Familie ein besseres Leben erkämpfen wollt, beweist, daß Ihr erkannt habt, daß nur in der gewerkschaftlichen Organisation die Macht verkörpert ist, die Euch aus der Sklaverei der Not befreien wird. Erfahrt den Pfingstgedanken, redet mit feurigen Zungen, bis daß alle Kollegen und Kolleginnen Mitglieber des Verbandes der Sattler und Portefeuille Deutschlands geworden sind. S. W.

Der amerikanische Sattlerverband (United Brotherhood of Leather Workers on Horse Goods)

besteht seit dem Jahre 1896 und hatte nach den letzten Angaben 103 Ortsvereine, wovon sich 96 in den Vereinigten Staaten und 7 in Canada befanden. Das Zentralbureau befindet sich in Kansas City (Staat Missouri), 209—210 Postoff Building. Generalsekretär und Schatzmeister ist

gegenwärtig John A. Pfeiffer. An den Amerikanischen Arbeiterbund (American Federation of Labor) zahlte der Verband 1901 die Steuer für 3200 Mitglieder, 1902 für 1200 Mitglieder, 1903 für 1800 Mitglieder, 1904 für 4000 Mitglieder, 1905 bis 1909 für 4000 Mitglieder. Die Steuer an den Arbeiterbund ist für jene Mitglieder zu entrichten, welche ihre Verbandsbeiträge voll bezahlt haben, nicht auch für die Restanten. Am Schlusse des Verwaltungsjahres 1909 gehörten den Leather Workers an Horie Woods 4379 Mitglieder an.

Die Leitung des Verbandes liegt in den Händen des Generalsekretärs und Schatzmeisters und eines Exekutivanschlusses, welcher sich aus einem Präsidenten und vier Vizepräsidenten zusammensetzt. Diese Funktionäre werden alljährlich durch Urabstimmung gewählt. Der Generalsekretär und Schatzmeister, dem die Geldgebarung zufällt, hat eine Sicherstellung von 15 000 Dollars zu leisten. Das zur Bestreitung der laufenden Ausgaben erforderliche Geld ist in einer Bank hinterlegt und Zahlungen werden mittels Anweisungen geleistet, die der Präsident und der Generalsekretär-Schatzmeister zu unterzeichnen haben. Der Ueberzins des Vermögens ist vom Exekutivanschluss in Voss anzulegen. Die Rechnungsprüfung nimmt der Exekutivanschluss einmal im Jahre vor.

Ueber die Unterstützungsansprüche (ausgenommen Streik- und Aussperrungsunterstützung) entscheiden die Krankenkontrollausschüsse der Ortsvereine im Einvernehmen mit dem Generalsekretär-Schatzmeister. Anspruchs-berechtigte, die sich durch solche Entscheidungen benachteiligt fühlen, können zuerst an den Exekutivanschluss appellieren, und wenn sie auch dann nicht befriedigt sind, so können sie die Streitfrage den Mitgliedern zur Urabstimmung vorlegen, um sie endgültig zu entscheiden, wobei das für Urabstimmungen im allgemeinen geltende Verfahren zu beobachten ist. Verbandstage werden nur dann abgehalten, wenn es die Mitgliedschaft begehrt; sonst kommt man mit Initiative und Referendum aus, die bei den amerikanischen Gewerkschaften fortwährend an Beliebtheit gewinnen.

Das Verbandsorgan, „The Leather Workers' Journal“, erscheint seit 1898. Es wird monatlich ausgegeben und enthält neben den Verbandsangelegenheiten Artikel gewerkschaftlicher sowie wirtschafts- und sozialpolitischer Natur. Politisch ist es neutral, wie der ganze Verband. (Das seit 1902 erscheinende Organ des Gerberverbandes führt einen ganz ähnlichen Titel, und zwar: „The Amalgamated Leather Workers' Journal.“)

Die Aufnahmegebühr beträgt mindestens 2 Dollar, die erste Wiederaufnahmegebühr 5 Dollar, die abermalige Wiederaufnahmegebühr 10 Dollar oder mehr. Der regelmäßige Beitrag stellt sich auf 25 Cents (oder 1 1/2 Mk.) wöchentlich. Außerdem wird halbjährlich eine Steuer von 50 Cents von jedem Mitglied erhoben, so daß der Jahresbeitrag 14 Dollar ausmacht. Extrasteuern können nach Bedarf ausgeschrieben werden, aber die Notwendigkeit dazu ergibt sich sehr selten. Die Mitglieder sind von der Beitragsleistung während der Dauer der Krankheit und der Arbeitslosigkeit entbunden, aber längstens 26 Wochen im Jahr und nicht mehr als 13 Wochen wegen eines der genannten Anlässe. Mitglieder, die vier Wochen mit den Beiträgen im Rückstande bleiben, verlieren das Recht auf Unterstützung und treten erst 13 Wochen nach Begleichung des Rückstandes wieder in den Genuß. Mitglieder, die für acht Wochen die Beiträge schuldig bleiben, werden gestrichen.

Die Gewerkschaft zahlt Krankenunterstützung im Ausmaß von 5 Dollar wöchentlich durch längstens 13 Wochen in einem Jahr. Bei Erkrankungen bis zu einwöchiger Dauer besteht kein Unterstützungsanspruch; dauert die Krankheit aber mindestens zwei Wochen, so wird das Krankengeld vom Tage der Meldung an gezahlt. Die Karenzzeit ist 6 Monate. Die Krankenkontrolle hat ein dreigliedriges Komitee jedes Ortsvereins auszuführen, doch dürfen die Komiteemitglieder die Kontrollbesuche nur ein-

mal machen. Arztliche Zeugnisse werden bloß dann gefordert, wenn der Krankengeldanspruch Verdacht der Simulation heft. Bei Krankheiten, die durch Alkohol oder Unfittlichkeit hervorgerufen wurden, darf Unterstützung nicht gezahlt werden.

Die Höhe der Ablebensunterstützung richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft; nach einem Jahre bis nicht ganz drei Jahren beträgt sie 40 Dollar, nach drei bis nicht ganz vier Jahren 75 Dollar und nach vier oder mehr Jahren 100 Dollar. Die Karenzzeit ist ein Jahr. — Manche amerikanischen Verbände zahlen eine noch bedeutend höhere Ablebensunterstützung, nicht allein aus dem Grunde, um für die verstorbenen Mitglieder Begräbnisfeierlichkeiten zu ermöglichen und ihre Hinterbliebenen auf einige Zeit vor Not zu schützen, sondern in erster Linie, um die Mitglieder in der Organisation festzuhalten und große Notsituationen zu vermeiden. Diese Unterstützung haben etwa zwei Drittel aller amerikanischen Verbände zentralisiert, die Krankenunterstützung aber nur 19 Verbände, die Arbeitslosenunterstützung zwei Verbände (Zigarrenmacher und Deutsch-amerikanische Typographie); sie wird ferner von den amerikanischen Distriktsverbänden der britischen Maschinenbauer und Zimmerer gezahlt.

Der Sattlerverband führte im Verwaltungsjahre 1909 fünf Streiks, wovon drei erfolgreich verliefen und zwei am Jahreschlusse noch andauerten. Lohnkürzungen wurden verhütet und die Arbeitsverhältnisse etwas verbessert.

Im Februar dieses Jahres richtete die Leitung des amerikanischen Sattler-Verbandes, entsprechend einem Beschlusse der Mitgliedschaft, an alle Unternehmer das Ersuchen, daß sie vom 21. März an von der bisherigen 53-40stündigen zur 48stündigen Arbeitswoche übergehen möchten, ohne die Löhne der Zeitarbeiter zu verkürzen, während die Stücklöhne um 15 Proz. erhöht werden sollten. Die Unternehmer verhielten sich entschieden ablehnend und die Verhandlungen zerbrachen sich bald, so daß am 21. März, um die Forderungen durchzusetzen, alle organisierten Sattler und auch viele unorganisierte Kollegen in den Streik traten, um so die 48-Stundenwoche zu erlangen. Was das Ergebnis sein wird, läßt sich noch nicht sagen. Bis jetzt sind die Ausichten auf allgemeine Einführung der kürzeren Arbeitszeit gut.

Die Portefeulien haben einen eigenen Verband, die Travellers' Goods an Leather Novelty Workers' International Union of America (Sekretärschatzmeister: M. Malone in Oshkosh, Wisconsin, 240 Jefferson Avenue). Ihre Mitgliedszahl ist unbekannt. An den Amerikanischen Arbeiterbund wurden 1903 Beiträge für 1000 Mitglieder entrichtet, 1909 nur noch für 500 Mitglieder. Ob das einem tatsächlichen Rückgang entspricht, läßt sich nicht sagen. Die Aufwendungen für Streikunterstützung betragen im Verwaltungsjahre 1909 2400 Dollar; andere Unterstützungen sind nicht eingeleitet. F.

Die rechtliche Seite der Bauarbeitersperrung.

Ueber diese wichtige Frage hat der Archivar des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Herr Dr. Georg Baum, Rechtsanwalt am Kammergericht, im „Berliner Tageblatt“ vom 3. Mai (Morgenausgabe) unter obigem Titel eine Abhandlung veröffentlicht, die das weitgehendste Interesse beansprucht. Bei der Bedeutung der Materie für die Gewerkschaften hielten wir es für notwendig, unseren Lesern die sachkundigen Ausführungen des Herrn Dr. Baum zu vermitteln, und anfertigen an den Verfasser sowie an die Redaktion des „Berliner Tageblatt“ gerichteten dahingehenden Bitte wurde von beiden in bereitwilligster Weise entsprochen. Wir machen im nachfolgenden von der uns freundlich erteilten Erlaubnis des Nachdrucks Gebrauch und bringen den Artikel hiermit zur Kenntnis unserer Leser.

„Der am 15. April erfolgten allgemeinen Aussperrung im Baugewerbe haben sich keineswegs alle beteiligten Arbeitgeber mit freudigem Herzen angeschlossen. Viele billigen den wegen Macht- und

Prinzipienfragen eröffneten Kampf nicht, halten sich aber zur Beteiligung rechtlich für verpflichtet. In Betracht kommt für diese Arbeitgeber in erster Linie die aus der Mitgliedschaft zu den Arbeitgeberverbänden entbindende Verpflichtung. Ihre Unterhaltung soll teilweise durch Hinterlegung von Akzepten gesichert sein, von denen man befürchtet, daß sie in Unlauf gesetzt werden. Man fürchtet auch, daß, was schon teilweise geschehen ist, aber Arbeitgeber, die weiterarbeiten lassen, die Materialsperrverhinderung wird, und man glaubt andernfalls materiellen Schaden aus der Aussperrung deshalb nicht zu befürchten brauchen, weil man in die Bauverträge meistens die „Aussperrungsklausel“ hat aufnehmen lassen. Eine Prüfung der Situation vom juristischen Standpunkt dürfte daher um so mehr erwünscht sein, als vielleicht das, was vorher bemerkt werden mag, den Arbeitgeberverbänden wenig günstige Ergebnisse zu einer Abfärgung des wirtschaftlich ungemein bedauerlichen und schädlichen Lohnkampfes beitragen könnte.

Zweifellos sind zunächst alle beteiligten Arbeitgeberverbände „Vereinigungen zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ im Sinne der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung. Die Stellung, welche die Gewerbeordnung diesen wirtschaftlichen Kampfbereinigungen gegenüber einnimmt, läßt sich in drei Sätzen zusammenfassen:

1. Die Kampfbereinigungen dürfen nicht verboten werden,
2. irgendwelche Ansprüche aus der Zugehörigkeit zu ihnen können gerichtlich nicht geltend gemacht werden,
3. die Nötigung zum Beitritt oder die Verhinderung des Austritts sind strafbar.

Hiernach ist der Austritt aus einem Arbeitgeberverbande, gleichviel, was die Sperrungen darüber bestimmen, jederzeit zulässig. Das austretende Mitglied kann in keiner Weise mehr angehalten werden, Beiträge zu zahlen oder sonst irgendwelche durch das Statut oder besondere Vereinbarung übernommene Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Grundsätze hat der erste Zivilsenat des Reichsgerichts bereits in dem Urteil vom 27. November 1901 (Band 50, Seite 28 ff.) gegenüber dem Verein der Baugeschäfte von Berlin und Vororten ausgesprochen. In dem gleichen Urteil hat das Reichsgericht aber auch die Klage aus dem zur Sicherheit beim Verbandsvorsitz niedergelegten Depotwechsel abgewiesen, indem es ausdrücklich ausführt, daß auch die für die Nichterfüllung der Verbandspflichten versprochene Vertragsstrafe gemäß § 344 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig ist. — Der Arbeitgeberverband kann auch nicht durch Begebung des Wechseln an einen gutgläubigen Dritten die Geltendmachung der Wechselforderung ermöglichen; Abgesehen davon, daß sich wohl schwer eine Persönlichkeitsfindung dürfte, die bei einem solchen von einem Arbeitgeberverband weitergegebenen Wechsel beschwören kann, daß sie den Grund der Wechselhingabe nicht gekannt habe, macht sich derjenige, der einen Wechsel begibt, um dem Schuldner Eintreten abzugewöhnen, dem Schuldner schadensersatzpflichtig. Das Reichsgericht führt in der Entscheidung vom 28. Mai 1902 (Entscheidungen Band 51, Seite 359) auf, daß eine solche Weitergabe wider die guten Sitten verstößt, und daß derjenige, der einen Wechsel zu solchem Zweck weitergibt, dem Akzeptanten den vollen Schaden, das heißt nicht nur die Forderung, sondern eventuell auch die Kosten des gegen den neuen Wechselinhaber geführten Wechselprozesses zu ersetzen hat. Auch aus einer Weitergabe der Depotwechsel würde daher ein Schaden nicht zu befürchten sein, da in vollem Umfange (ohne Zweifel auch für den durch eine etwaige Zwangsvollstreckung entstehenden Schaden) der Arbeitgeberverband und außerdem auch persönlich die den Wechsel begebenden Vorstandsmitglieder haftbar werden. — Das austretende Mitglied kann auch Herausgabe des Depotwechsels und im Wege der einstweiligen Verhinderung dessen Hinterlegung verlangen. Hierbei mag noch bemerkt werden, daß nach Ansicht des bekannten Gewerbeordnungskommentars von Landmann die Drohung mit der Weitergabe eines solchen Depotwechsels sogar unter die Strafbestimmung des § 153 der Gewerbeordnung fällt und demnach mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft wird.

Wichtige rechtliche Bedenken stehen auch der Verhängung der Materialsperrung gegenüber. Die Ankündigung, daß man sich an die Baumaterialienlieferanten wenden und sie zur Einstellung der Lieferung an die weiterarbeitenden Bauunternehmer veranlassen werde, stellt sich als eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung dar und ist deshalb strafbar, insofern sie zu dem dort bezeichneten Zweck erfolgt, die Bauunternehmer zum Beitritt an der Aussperrungsabrede oder zum Verbleiben im Arbeitgeberverband zu nötigen. Gleichfalls unter § 153 der Gewerbeordnung fällt aber auch die von einem Arbeitgeberverbande mit Baumaterialienhändlern oder Verbänden von solchen tatsächlich getroffene Abrede, daß bestimmten Bauunternehmern keine Baumaterialien mehr geliefert werden sollen. Sie ist als „Verweh-erklärung“ anzusehen und daher gleichfalls strafbar.

sofern sie dem erwähnten Zwecke zu dienen bestimmt ist. Der Strafbestimmung unterfallen in gleicher Weise die an ihr teilnehmenden Vorstandsmitglieder des Arbeitgeberverbandes wie auch die beteiligten Baumaterialienhändler. Das hat aber gleichzeitig zur Folge, daß die beteiligten Personen dem von der Sperre betroffenen Arbeitgeber gemäß § 823 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches Schadensersatzpflichtig sind, und zwar als Gesamtschuldner. Auf Grund der gleichen Bestimmung steht dem betroffenen Bauunternehmer auch eine Unterlassungsflagel auf Aufhebung der Sperre zu.

Endlich ist aber auch die Hoffnung mindestens sehr zweifelhaft, durch die sich viele Bauunternehmer zum Beitritt zur Aussperrung veranlassen ließen, daß man durch die Aussperrungsklausel gegenüber dem Bauherrn gebüdet sei. Auch die Aussperrungsklausel (das heißt die Abrede, daß der Bauunternehmer für die durch die Aussperrung entstandene Verzögerung des Baues nicht haftet) erscheint nicht rechtswirksam. Das Reichsgericht hat allerdings gelegentlich einmal einen Vertrag, nach welchem der Bauunternehmer für unberücksichtigte, durch Witterungseinflüsse, Streiks usw. begründete Heberückhaltung der Lieferfrist nicht verantwortlich sein sollte, dahin ausgelegt, daß sich eine solche Klausel auch auf eine nach Ausbruch eines Streiks infolge eines Innungsbeschlusses vorgenommene Arbeiteraussperrung bezieht. In eine Prüfung darüber, ob die Gültigkeit der Aussperrungsklausel an sich angezweifelt werden kann, ist aber damals nicht eingetreten, und zwar wohl deshalb, weil ein dahingehender Einwand seitens der Beteiligten nicht gemacht war. Tatsächlich dürfte die Gültigkeit der Aussperrungsklausel auf Grund des § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuchs angefochten werden können, wonach die Haftung wegen Vorlages dem Schuldner im voraus nicht erlassen werden kann. Vorlag im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist die auf einen bestimmten Erfolg gerichtete Willensbestimmung. Es kommt hierbei nicht darauf an, daß eine bestimmte Handlung gewollt ist, sondern es genügt, daß der Handelnde sich bewußt war, daß sein Handeln einen bestimmten Erfolg, zum Beispiel die Nichterfüllung einer Verpflichtung haben werde. Zweifellos ist nun aber der Arbeitgeber, der seine Arbeiter aussperrt, sich bewußt, daß er infolgedessen seine Arbeiten nicht in vereinbarter Weise fertigstellen kann, und er verzagt deshalb vorzüglich im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs seine Vertragspflicht. Der Arbeitgeber kann sich auch nicht darauf berufen, daß er mit der Aussperrung lediglich eine Verpflichtung dem Arbeitgeberverbande gegenüber erfüllt hat, da er, wie oben gezeigt, zur Erfüllung dieser Verpflichtung nicht gezwungen werden und jederzeit aus dem Arbeitgeberverbande wieder austreten kann. Der Bauunternehmer kann also, obwohl er die Aussperrungsklausel in den Bauvertrag aufgenommen hat, vom Bauherrn wegen Verzögerung in der Fertigstellung des Baues in Anspruch genommen werden, und die Öffnung, daß man auf diese Weise gegen wirtschaftliche Nachteile der Aussperrung gesichert sei, steht also auf sehr schwankendem Boden.

Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, daß die Bestimmungen der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung, die von den Arbeitern sonst als Hemmschuh der Gewerkschaftsentwicklung bekämpft werden, diesmal im wirtschaftlichen Kampfe zuungunsten der Arbeitgeberverbände verwertet werden können. Vielleicht führt dies dazu, daß sich auch die Kreise, die einer Reform des Koalitionsrechts ablehnend gegenüberstehen, mehr mit diesem Gedanken befreunden.

Inzwischen nimmt der Niesenkampf einen Verlauf, der bei den Unternehmern alles andere, nur keine Öffnungsfreudigkeit aufkommen läßt. Die Unterstützungaktion der gesamten denkenden Arbeiterschaft hat bereits mit gewaltigem Aufstuf eingeleitet. Die Orts- und Zentralkassen der Gewerkschaften stellen, obwohl die eigenen Mittel der Bauarbeiter trotz der vierwöchentlichen Aussperrung kaum nennenswert gelitten haben, bedeutende Beiträge zur Verfügung. Die sozialdemokratischen Parteioorganisationen sowie die Gewerkschaftsartelle haben Sammlungen eingeleitet, die bereits ganz bedeutende Erträge lieferten. Die in Arbeit stehenden Bauarbeiter, und das sind nicht viel weniger als zwei Drittel aller im Baubetrieb Beschäftigten, leisten Extrabeiträge von 50 Pf. bis 1 Mk. pro Arbeitstag, wodurch natürlich gleichfalls gewaltige Beträge aufgebracht werden. Kein Wunder, daß angesichts dieser „Entwicklung“ des Kampfes den Bauhöfen zumute ist wie dem betrübten Lohgerber, dem die Felle weggeschwommen. — Wir bringen deshalb zum Schluß und zur Beleuchtung des augenblicklichen Standes dieses, von den Bauproben so übermäßig vom Jaune gebrochener Streites eine antilde Kundgebung des Generalrates der Arbeitgeberorganisation zum Ausdruck, die erkennen läßt, daß man im gegnerischen Lager auf alles mögliche, nur nicht mehr auf einen glänzenden Sieg rechnet. Das vielsagende Schriftstück lautet:

Deutscher Arbeiterverband für das Baugewerbe. E. V.

Berlin, im Mai 1910.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Es sind uns Nachrichten zugegangen, nach denen es scheint, als wären Sie geneigt, Sonderverhandlungen mit den Arbeitern anzuknüpfen. Wir hoffen, daß diese Gerüchte auf Irrtum beruhen. Sollte es aber doch der Fall sein, daß sich in Ihrem Moskauerteile eine Neigung gezeigt hätte, mit den Arbeitern zu verhandeln, so bitten wir Sie im Auftrage und im Interesse des Deutschen Arbeitgeberverbandes, doch all Ihren Einfluß aufzubieten, um dies zu verhindern. Der Schaden, der durch den Abfall noch weiterer Städte entstehen würde, würde für unsere Sache geradezu verhängnisvoll werden und das schlechte Beispiel würde schließlich noch weiter anjedend wirken.

Wenn auch die Opfer, die der einzelne zu bringen hat, außergewöhnlich große sind, so müssen wir uns doch alle sagen, daß ohne solche Opfer nichts zu erreichen ist und daß, wenn wir schon jetzt die Waffen strecken wollen, wir lieber gar nicht hätten anzufangen brauchen, unsere Rechte zu verteidigen. Wie von jedem Kollegen, so erwarten wir auch von Ihnen, daß die Treue zu unseren Bundesbeschlüssen alle Bedenken niederdrückt. Wir hoffen und erwarten bestimmt, daß es auch in Ihrer Stadt möglich sein wird, mit uns bis zum Schluß auszuhalten. Bedenken Sie auch, daß die Industrie uns ihre volle Unterstützung zugesagt hat. Diese ist aber selbstverständlich nur zu erwarten, wenn wir selbst feststehen. Ein teilweises Abweichen würde auch die Industrie völlig unsicher machen. So würde ihr Zurückweichen in jeder Beziehung schädigend auf den ganzen Bund wirken.

Wir appellieren nochmals an Ihr Pflichtgefühl und Ihr Standesbewußtsein und erwarten von Ihnen, daß Sie die Sache der Bauarbeiter nicht verlassen.

Mit kollegialen Gruß!

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe.

A. Aelisch, C. Eule, E. Wehrens.

— — — und an den Wassern des Euphrat saßen und weinten sie und raupfen sich die Haare — — —

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Geschirr- und Zeltbranche Berlins.

In dem Artikel mit obiger Heberschrift in Nr. 19 unseres Blattes hat sich auf Seite 127, Spalte 3, vorletzter Absatz, ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Es heißt dort: Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt für 46 organisierte Affordarbeiter 55½ Stunden usw. Es muß aber heißen: Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt für 46 organisierte Affordarbeiter 53½ Stunden pro Woche. Hierdurch gewinnen auch die Ausführungen des folgenden Abiages erst ihre volle Bedeutung.

Berichtigung.

Die Firma Gebr. Hesselberger-München sendet uns eine Zuschrift, die wir vollinhaltlich zum Ausdruck bringen, obwohl wir dazu nicht verpflichtet sind. Sie schreibt:

In Nr. 17 Ihrer geschätzten Zeitung haben Sie unter „Eingekandt“ einem Artikel Raum gegeben, der zweifellos auf unsere Nierenfabrik gemünzt ist und welcher uns durch die total falsche (?) Darstellung der darin geschilderten Verhältnisse zu einer Erwiderung herausfordert.

Der Artikelschreiber oder seine Hintermänner kontrieren aus dem begrifflichen Bestehen, uns ein erstklassiges Arbeiterpersonal zusammenzustellen, ein Anrecht, das wir den süddeutschen Kollegen dadurch zufügen, daß wir nicht ausschließlich einheimische Arbeitskräfte bevorzugen. Die eigentliche Tendenz des Artikels ist ohne weiteres klar: Man fürchtet die Konkurrenz der norddeutschen Gehilfen und will das heilige Arbeitsfeld den Einheimischen offenhalten. Die Sache riecht etwas stark nach Partikularismus, wie denn auch der Antagonismus zwischen Süd- und Norddeutschland in der ganzen Angelegenheit eine häßliche Rolle spielt. Tatsache ist, daß unter den im Betriebe arbeitenden Gehilfen Uneinigkeit, Zwist und Mißgunst an der Tagesordnung sind und um den fremden Kollegen die unergieblichen Verhältnisse besser plausibel zu machen, operiert man nun mit Schauermärchen wie Antreiberei, Ausbeutung der Arbeitskraft und sonstigen schändlichen Mordenschaften, die die Gehilfen von seiten der Fabrikleitung ausgeübt sein sollen. Diesen privaten Angelegenheiten steht jedoch die Betriebsleitung vollkommen fern und hält sich lediglich an den abgeschlossenen Tarifvertrag. Von einer ungerichteten Behandlung im Sinne des Artikelschreibers kann absolut keine Rede sein, im Gegenteil, die Fabrikleitung bemüht sich, in Frieden mit den Arbeitern auszukommen, da sie darin ihren eigenen

Vorteil erblickt, und in der Abgang des Zweitmeisters — eines Mannes, wie der Herr Artikelsschreiber — ein Beweis dafür, daß keinerlei Bevorzugungen stattfinden.

Selbstverständlich muß uns das Recht gewahrt bleiben, einen Gehilfen, der eine schlampige Arbeit liefert, tadeln zu dürfen und wird dies wohl auch in anderen Betrieben der Fall sein.

Bekanntlich ist die Treibriemenfabrikation in Süddeutschland nicht sehr stark vertreten und nicht uns daher keine große Auswahl an tüchtigen einheimischen Arbeitsträften zur Verfügung. Wir haben jedoch mit den alten, gut eingerichteten norddeutschen und rheinischen Fabriken eine scharfe Konkurrenz zu bestehen und müssen als junge Anbieter — unsere Nierenfabrik existiert erst seit vier Jahren — mindestens Gleichwertiges liefern, wenn wir feinen Fuß fassen und uns behaupten wollen. Dazu bedürfen wir aber eines tüchtigen, geschulten Arbeiterpersonals und lassen uns nicht gerne minderwertige Elemente aufstottern, die für die Entwicklung unseres Betriebes ein Hemmschuh sind. Daß auch der weniger Tüchtige mit der Zeit zum Tüchtigen werden kann, soll nicht abgetritten werden, allein wir haben keine Zeit, für solche Anfänger das Lehrgeld zu bezahlen.

Der Artikelschreiber hat sich bezüglich der Lohnverhältnisse wohlweislich einer Zahlenangabe enthalten. Er läßt seine Leser über diesen Punkt im unklaren und glaubt mit einer ipsofacto Bemerkung über den „hohen“ Tariflohn darüber hinwegkommen zu können. Nun, wir haben keinen Grund, aus der Lohnfrage ein Geheimnis zu machen, halten es vielmehr für wichtig, diese Seite ganz besonders zu beleuchten.

Laut Tarif werden ab 1. Mai 48 Pf. (vorher 47 Pf.) pro Stunde bei 50wöchiger Arbeitszeit gezahlt; für Affordarbeiten 42—45 Pf. pro laufenden Meter Naht, die erforderlichen Nähriemen werden in guter, langer Ware beigeliefert. Gewöhnliche Heberstunden werden mit 25. Sonntagszulage mit 50 Proz. Zuschlag honoriert. Die Kontagezulage beträgt 3,20 Mk. pro Tag, Naht und Hebernahmen werden extra vergütet. Diese Zahlen beweisen, daß der beliebige Tarif mit zu den besten in den deutschen Nierenfabriken gehört. Auf Grund dieser Löhne müssen wir natürlich darauf sehen, daß die Leistungen der Gehilfen entsprechend ausfallen; wie es aber bei den meisten einheimischen Arbeitsträften damit bestellt ist, zeigt folgende Gegenüberstellung. Einheimische Affordnäher verdienen laut obigem Accord in 50 Stunden 21—24 Mk., die jetzigen fremden Gehilfen aber 41—46 Mk. in der gleichen Zeit. Daß dieser gewaltige Unterschied nicht auf übermäßige Anforderungen, sondern auf bessere technische Fertigkeit und Heberlegenheit zurückzuführen ist, dürfte jedem Einrichtigen sofort klar sein und kann man unter diesen Umständen gewiß nicht von Antreiberei oder Ausnützung sprechen. Die natürliche Folge ist nun die, daß die fremden Gehilfen als lästig empfunden werden und sucht man alle möglichen Mittel und Wege, um diese unbecommene Konkurrenz von den heiligen Werkstätten fernzubaluten. Wir für unseren Teil würden ganz gerne den hier ansässigen Gehilfen den Vorzug geben, wenn man uns brauchbare Arbeitskräfte nachweisen könnte; in dieser Beziehung hat jedoch der Arbeitsnachweis der Organisation vollständig versagt und sind wir daher gezwungen gewesen, uns im Verhandlungsstadium und bei auswärtigen Filialen nach tüchtigen Gehilfen umzusehen.

Anstatt die Tatsachen zu verschleiern und ungerichtete Vorwürfe gegen unsere Firma zu erheben, wäre es angebracht, wenn die heilige Gehilfenschaft die Missetat da beseitigen würde, wo sie wirklich vorhanden sind, nämlich in ihren eigenen Reihen, und sind wir überzeugt, daß dann beide Teile eher zum Ziele gelangen würden.

Es sei nur nebenbei erwähnt, daß wir in unserem Betrieb noch zwei weitere Tarifverträge mit unseren circa 170 Gerberarbeitern abgeschlossen haben, welche bis dato noch zu keinerlei Mißbilligkeiten geführt haben, während die wenigen Nierenfabrikler es scheinbar darauf abgesehen (?) haben, ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht aufkommen zu lassen.

Die Süddeutsche Leder- und Treibriemenfabrik. Amm. d. Redaktion. Da wir ein erklärliches Interesse daran haben, zu erfahren, ob die Firma mit ihren obigen Ausführungen im Rechte ist, ob es vor allem Aufgabe ist, daß unsere Münchener Kollegen Partikularisten (das spezifisch bayerische Interesse über die allgemeinen Arbeiterinteressen) sind und ob der Antagonismus (Gegensatz) zwischen Nord und Süd so groß ist, daß ein Kreuzen keinen bayerischen Nähriemen zu verarbeiten vermag, ohne sich heftige Anfeindungen seitens der Bajawaren zuzuziehen, ob es zutrifft, daß die „Nordischen“ den Bayern in puncto Leistungsfähigkeit so überlegen sind, und ob ferner alle sonstigen Angaben der Firma zutreffend sind, legen wir das vorstehende Schreiben unserem Gewerksmann vor, der uns folgendes dazu übermittelt:

Ich halte das, was ich in dem Eingefandten geschrieben habe, in vollem Umfang aufrecht und kann alle meine Behauptungen durch Tatsachen belegen.

Die Süddeutsche Treibriemenfabrik, ich sage es jetzt frei heraus, die Gebr. Gieseler-München, beschäftigt gegenwärtig 8-10 Kollegen, hat wiederholt wichtige Kollegen hinausgeschickt, zwei Kollegen sogar einmal gemahnt, was übrigens auf dem Gewerbergericht feige gestellt wurde.

Im Zeitraume der letzten 10 Monate sind vier Kollegen, von denen die Firma nicht sagen kann, daß es minderwertige Arbeitskräfte sind, freiwillig gegangen, weil dieselben der Firma nicht genug arbeiten konnten, oder mit anderen Worten, weil man solange an ihnen etwas auszuweisen hatte, bis sie gerne „freiwillig“ gegangen sind. Der zuletzt ausgesetzte Kollege, es ist dies derselbe, von dem die Firma sagt, daß er 40-46 Mk. im Affordnähen verdiente, übrigens ein norddeutscher Kollege, ist ebenfalls freiwillig gegangen. Ein anderer norddeutscher Kollege war zirka 5-6 Monate krank; derselbe konnte, angeblich weil keine Mäharbeit für zwei Kollegen vorhanden war, nicht mehr anfangen. Gleichzeitig suchte aber der Werkmeister in Breslau 5-6 Kollegen, gleichzeitig erschien auch in der Zeitung ein Inserat, durch welches Treibriemenfabrik gesucht wurden, obwohl die Firma keine Leute gebraucht hat.

Es ist doch selbsterklärend, daß wir da Verdacht schöpfen, daß man wieder einheimische Kollegen entlassen möchte und dafür norddeutsche Kollegen einstellen will. Die Firma schreibt nun, daß wir Partikularen sind. Ja, sollen wir denn ruhig zusehen, wenn die Firma unsere Kollegen entläßt oder hinausstellt, und wir müssen dann die Arbeitslosenunterstützung zahlen? — Noch dazu sind es verheiratete Leute, die man nicht so ohne weiteres in die Welt hinausgeschicken kann! Sollen wir zusehen, wenn die Firma von Sachsen oder vom Rheinland sich Leute holt, nur weil der Werkmeister eine Antipathie gegen die bayerischen Kollegen hat? Wir zahlen dann 40 Mk. und mehr Umzugskosten, schließlich in der Mann dann ein halbes Jahr oder ein Jahr da und man ekelt ihn wieder hinaus? Wir haben der Firma noch nichts in den Weg gelegt, wenn sie minderwertige Arbeitskräfte entläßt. Wir haben es ihr auch noch nie verwehrt, norddeutsche Kollegen einzustellen. Wiederholt haben die Kollegen bei uns angefragt, und wir haben noch niemand abgehalten, hierher zu kommen, wenn ein Bedürfnis von Arbeitskräften vorlag. Aber zuerst müssen wir doch danach trachten, daß wir unsere arbeitslosen Kollegen unterbringen. Warum stellt die Firma die Leute von anderen hiesigen Treibriemengefabriken nicht ein? Sie kann nicht sagen, daß dieselben minderwertig sind, wenn dieselben schon ein Jahrzehnt auf Aemtern arbeiten und sicher ebensoviel im Affordnähen können wie der von der Firma angeführte Kollege mit 40-46 Mk. Wochenverdienst. Wie lange das übrigens ein Kollege leisten kann, ohne seine Gesundheit zu ruinieren, darüber brauche ich keinen zu fragen, der von der Treibriemenfabrik etwas versteht.

In dem mit der Firma abgeschlossenen Tarife steht auch, daß der Arbeitsnachweis der Organisation tunlichst zu benutzen ist. Dies hat die Firma bisher nur einmal getan! —

Wenn die Firma im Anfang ihres Bestehens schwache Leute hatte, so fragen wir daran wirklich keine Schuld. Sie hat damals Leute eingestellt, die noch keinen Treibriemen gesehen hatten; es waren auch nicht Unorganisierte.

Warum besteht nun die Unzufriedenheit unter den Kollegen?

Die Firma hat selten mehr als zwei Affordnäher; diese verdienen in der Regel mehr als die im Tagelohn Arbeitenden. Es ist nun einer auf den anderen neidisch um die paar Mark, die der andere mehr verdient. Wir haben im vorigen Jahr in einer Werkstättenversammlung beschlossen, ein Schreiben an die Firma zu richten, ob sie nicht geneigt wäre, die Affordarbeit abzuschaffen. Darüber war die Firma sehr aufgebracht und wurden deshalb zwei Kollegen, die von einem alten Waschweib, das von jeher schon im Unruhegeistigen sehr viel leistete, als die „Schuldigen“ angegeben worden waren, entlassen! Wer diesem Kollegen nicht paßt, der wird bei der Firma ange-schmäht. Vielleicht ist es heute besser. Die Firma oder deren Werkmeister wird sich wahrscheinlich nicht mehr jodeln „einblasen“ lassen wie früher. Wie steht es nun mit der Antreiberei? Es ist Tatsache, die Kollegen können es beweisen, daß, wenn foundso viel hundert Meter nicht geleimt oder geschärft werden, man dem Kollegen sagt, es ist zu wenig, ob es nun an dem Nichtfunktionieren der Maschinen lag oder an der „Paufheit“ des Kollegen, das ist ganz egal. Zwei

Kollegen sind „freiwillig“ gegangen, weil sie nie genug leimen und schärfen konnten. Warum läßt man die Kollegen denn alles aufschreiben, was sie tagsüber geleimt haben, und warum braucht der Kollege, der bei der Firma mehr gilt als die anderen, nichts aufzuschreiben? Wir verwehren es der Firma auch nicht, einen Kollegen, der schlampige Arbeit liefert, zu belohnen. Wenn man aber oftmals dem betreffenden Kollegen die schlechteste Arbeit vorwirft, obwohl auch hier die Maschine mit schuld war, und ihm zuruft: Gehe jetzt hin zum Verband und sage es ihm, daß du eine Arbeit verprügelt hast, ihn dann schließlich stehen läßt und ihm keine Arbeit zuweist, so daß dann der Kollege seine Sachen packt und geht, ist das nicht hinausgeschickt? Nebenbei bemerkt, hat dieser Kollege drei Jahre zur Zufriedenheit gearbeitet. Ich glaube ja, daß, wenn die Firma gewußt hätte, warum der Kollege gegangen ist, dann hätte sie denselben vielleicht wieder eingestellt, als ich zu vermitteln suchte. —

Wenn Kollegen vorhanden waren, die beim Affordnähen es nur auf 24 Mk. brachten, so möchte ich erklären, daß dieses eben keine Spezialisten, sondern Anfänger waren und hat dadurch doch selbstverständlich in erster Linie der Arbeiter selbst den Schaden, wenn er nicht jodeln fertig bringt.

Wie gesagt, wir möchten die Firma ersuchen, sich in Zukunft an uns zu wenden. Wenn wir keine Treibriemenfabrik haben, dann können auch wir uns an norddeutsche Filialen wenden, und wir werden schneller Leute bekommen wie die Firma. In erster Linie sollte aber die Firma unsere arbeitslosen Treibriemenfabrik hier am Orte berücksichtigen, wenn solche anwesend sind. Warum denn in die Ferne schauen, wenn das Gute so nahe liegt?

Ist es Partikularismus, wenn man danach trachtet, daß zuerst die ansässigen und zum Teil verheirateten Kollegen unterkommen? Die Firma renommiert fortwährend mit ihrem hohen Tariflohn. Ich gebe zu, daß wo anders vielleicht etwas weniger verdient (aber auch mehr, D. Med.) wird. Aber doch kann man diesen Lohn bei den jetzigen Verhältnissen doch nicht nennen. Wenn bei den Werbern nichts vorkommt, nun dort ist eben der Wechsel nicht so groß und vielleicht haben diese eine bessere Behandlung durch ihren Meister!

Ist es keine Zurücksetzung der Münchener Kollegen, wenn aus Münchener Treibriemenwerkstätten keiner eingestellt wird, obwohl sich schon sehr tüchtige Kollegen um Arbeit bei der Firma beworben haben?

Wenn die Firma will, dann treten wir den Beweis dafür an. Der Einsender.

Streiks und Lohnbewegungen.

Dresden. Am 3. Mai fand im Volkshause eine sehr gut besuchte Versammlung der Treibriemenfabrik statt, in welcher Gauleiter Kollege Busch über die Verhandlungen mit den Unternehmern berichtete. Er schiedte voraus, daß nach den Verhandlungen ein Tarif im allgemeinen nicht durchführbar sei, da die Unternehmer verlangen, daß die Gehilfen die Treibriemenfabrikanten von ganz Sachsen zu einer Konferenz einladen, um einen Tarif abzuschließen, wie es in der Militäreffektenbranche geschehen ist. Gleichzeitig können sich die zwei größten Fabriken nicht dazu verstehen, die Arbeitszeit zu verkürzen. So mußte der Gauleiter mit den Fabrikanten einzeln verhandeln, mit Ausnahme von Baumann-Botschappel. Dieser Herr ließ den Kollegen Busch stehen mit den Worten: „Was kommen Sie denn zu mir gelaufen, ich komme doch auch nicht zu Ihnen.“ Da in diesem Betriebe von den drei dort beschäftigten Kollegen nur einer organisiert ist, werden wir uns mit dem Herrn nicht weiter herumschlagen. Einige Fabrikanten verlangten, daß „ihre“ Arbeiter die Forderungen selbst vorlegen, was auch sofort geschah, und so ist durch diese Lohnbewegung doch etwas herausgekommen. 30 Kollegen haben eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden pro Woche erzielt. Der Lohn ist erhöht worden in allen Betrieben, bei Affordarbeitern um 80 Pf. bis 1,50 Mk. die Woche, bei Stundenarbeitern um 1,20 bis 2,80 Mk. pro Woche. 25 Proz. Zuschlag für Ueberstunden wird in den meisten Betrieben gezahlt. Urlaub gewährt eine Fabrik, nach 5 Jahren Beschäftigung 3 Tage, nach 10 Jahren 8 Tage. Für Montage wird nach den im Tarif vorgesehenen Sätzen mit kleinen Abänderungen gezahlt. Wenn auch einige Kollegen mit den Zugeständnissen nicht zufrieden sind, so muß man bedenken, daß auf einen Schlag kein Raum fällt, und jeder Kollege muß mitarbeiten, um auch den letzten Mann in unserer Branche zu organisieren; dann werden wir sicher nicht mehr weit davon entfernt sein, einen allgemeinen Tarif mit den Unternehmern abzuschließen.

Zur Lohnbewegung der Dresdener Geschirrfabrik. Wie schon bekannt, stehen die hiesigen Geschirrfabrikanten in einer Lohnbewegung, welche ja bald

als beendet angesehen werden dürfte, da sich die Unternehmer gezwungen haben, unseren Forderungen teilweise begünstigende Anerkennung zu gewähren, dank der Einigkeit der organisierten Kollegen, was auch bald die Unorganisierten zu anderer Meinung bringen wird. Es schickten sich dieselben uns in Massen an; in der kurzen Zeit wurden 26 Aufnahmen gemacht. In der letzten Innungs-Quartalsversammlung wurden unsere Forderungen durch den Gesellenauschuß den Innungsmeistern vorgelegt. In diesem Tage aber konnte nichts entschieden werden, da die Herren zunächst überhaupt „keine Worte“ fanden. Nur nach wiederholter Auf-forderung des Obermeisters gelang es einem Unter-nehmer, den Antrag zu stellen, eine Kommission zu wählen, welche mit dem Gesellenauschuß an einem anderen Tage allein verhandeln soll. Der Antrag wurde angenommen. Nun hätte sich diese Verhandlung, wenn es auf die Herren Meister angekommen wäre, sehr weit hinausgezogen und mindestens um 2 bis 3 Wochen verzögert. Aber in der am 21. April tagenden Geschirrfabrikanten-Versammlung wurde eine Resolution ausgearbeitet und den Innungsmeistern resp. der Kommission übersandt. In dieser wurden sie aufgefordert, die Verhandlungen über unsere Forderungen bis zum 28. April zu erledigen. Dieses half auch. Nach hartnäckigen Auseinandersetzungen wurde eine neue Werkstättenordnung beiderseits anerkannt. In der am 4. Mai in den „Reichshallen“ abgehaltenen Gesellenversammlung gab der Gesellenauschuß Bericht von der Verhandlung mit der Kommission betreffs der neuen Werkstättenordnung. Kollege Elsner als Referent gab uns nun bekannt, daß wir eine allgemeine Lohnerhöhung von 8 Proz. sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 1 1/2 Stunden errungen haben. Diese Werkstättenordnung soll also vom 1. Juni in Kraft treten. Es ist nicht viel, was wir hier erzielt haben, aber vorläufig annehmbar. Da in der Geschirrfabrik noch viele Kollegen der Organisation fernblieben, so heißt es noch tüchtig arbeiten, um Material zu gewinnen, die traurigen Hühnerhände zu beseitigen. Gibt es doch Gehilfen, Familienväter, welche 20 und mehr Jahre im Betriebe sind und für Lohn von 22 bis 24 Mk. arbeiten. Schwer ist es, sich mit derartigen Löhnen bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen antändig zu ernähren und zu bleiben. Bei der jetzigen Verbesserung unserer Lage werden es hoffentlich recht viele dem Verband noch fernstehende Kollegen beitreten, daß nur „Einigkeit stark macht“ und daß nur durch Einigkeit eine bessere Lebenslage errungen werden kann. Die Versammlungen waren stets gut besucht. Von den Ausge-lernen sind bereits alle freiwillig dem Verbands beigetreten.

Leipzig. Bei allen stattgefundenen Streiks dürfte bisher wohl die Tatsache zu verzeichnen gewesen sein, daß nur dann, wenn für die Arbeitnehmer die Situation rettungslos verloren ist, diese die Arbeit bedingungslos aufnehmen. Dies ist jedoch am Mittwoch, den 11. Mai, anders geworden. In einer für uns und die Leipziger Arbeitgeber geradezu denkwürdigen Verhandlung vor dem Einigungsamt des Leipziger Gewerbergerichts erklärten unsere Arbeitgeber, wir sollten die Arbeit bedingungslos aufnehmen. Ein Angebot, das wohl als Absurdum bekannt zu werden verdient.

Bis jetzt dauert der Streik 8 Wochen, bei einigen Werkstätten sind es ziemlich 9; aus unseren Reihen sind 3 Mann umgefallen. Der Kampfesmut ist noch derselbe wie zu Beginn des Streiks. Durch diese Zustimmung der Fabrikanten ist noch die Empörung dazu gekommen, und da sollten wir bedingungslos in unser Arbeitsloch zurückziehen? Auf diese Zumutung haben die Kollegen der Deputation natürlich die Antwort erteilt, der die Streikenden und sämtliche Leipziger Mitglieder zugestimmt haben. Der Kampf geht also weiter und haben die Streikenden erklärt, nun erst recht alles daran setzen zu wollen, unsere Forderungen durchzudrücken.

In dieser denkwürdigen Verhandlung vor dem Gewerbergericht ist zunächst die Tatsache in die Augen gefallen, daß der Leipziger Obermeister Herr Neppenbagen nicht erschienen war. Bei den, wie er sagte, unerbittlichen Besprechungen mit unserer Lohnkommission zeigte sich doch dieser Herr als sehr gewandter Wortführer. Daß er verreist war, bezweifeln wir schließlich nicht, aber die Leipziger Sattler und Portefeuille wüßten gern, wohin die Reise ging oder welchen lieben Verwandten der Besuch galt. Ober will Herr Neppenbagen den Schein, als sei er der Führer der Arbeitgeber, nicht auf sich nehmen? Denn wahrlich, gut haben die Herren mit ihren Neben nicht abgehandelt. Außerdem dürften Arbeitgeber in einer Großstadt, an denen die wirtschaftlichen Ereignisse der Gegenwart so spurlos vorübergegangen sind, nicht gleich wieder anzutreffen sein. Heute erfordert das praktische Leben, daß man sich auch mit Dingen besetzt, die anderen Zwecken, als denen des Geldverdienens, gewidmet sind. Hier sollte ein Initium, wie die Leipziger Sattlerinnung, doch eigentlich bahnbrechend wirken, denn Stillstand ist Rückgang.

Eigentümlich hat unseren Kollegen, Kollegen Blum und auch dem Leiter der Verhandlung die immer wiederkehrende Medensart berührt, da sie, die Arbeitgeber, nicht organisiert seien, so könnten sie mit uns nicht verhandeln. Alles Anführen von Beispielen war vergebens, wenn sich die Herren bis zum Herbst eine Organisation geschaffen, so wollten sie mit uns verhandeln. Die richtige Mittelstands-politik, wir machen, was andere für gut erkannten, nicht mit und halten so den Fortschritt auf. Eine Wohlthat, daß der Gang der Entwicklung über solche Leute hinweggeht.

Nach einem solchen Resultat einer Verhandlung gibt es nur eine Parole, die heißt: weiterhin aus-halten und einig sein. Das wollen wir tun.

Die Firma Wiemer u. Co. in Mülheim a. Ruhr hatte einen größeren Vorken Militärarbeit (Kudfäden) übernommen und, da es sich um die gleiche Arbeit handelt wie bei der Firma Kraus in Offenbach a. M., sich auch verpflichtet, die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die mit der letzteren Firma vereinbart worden sind, in ihrem Betriebe gleichfalls einzuführen.

Die Firma bedurfte zur Herstellung dieser Ar-beiten einer großen Anzahl von Sattlern, die aber nicht ohne weiteres und vor allem nicht schnell genug in Mülheim und Umgegend zu erlangen war. Da nun kurzzeitig in Berlin die Militärarbeit ziemlich darniederliegt, entschlossen sich jetzt 40 Kollegen, die Reife von der Reichshauptstadt nach der Ruhr an-zutreten und bei der Firma Wiemer Arbeit zu nehmen.

Infolge von Mißverständnissen auf beiden Seiten kam es zu einem Konflikt, der ernst zu werden drohte. Durch Vermittlung unseres Gau-leiters in Köln und der Tarifkommission in Berlin gelang es binnen zweimal 24 Stunden die Dis-senzen zu beseitigen und gleichzeitig auch noch einige Verbesserungen durchzuführen, die, ange-sichts des sonst noch sehr rückständigen Verhaltens der meisten rheinischen Militärseifenfabrikanten, durchaus anerkanntswert und sehr zu begrüßen sind.

Es wurden z. B. neben den bereits in Offen-bach festgesetzten Akkordpreisen noch folgende Bedin-gungen seitens der Firma akzeptiert:

1. Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 Stunden.
2. Die Heimarbeit wird eingestellt.
3. Bei Neuankömmlingen von Artikeln, für die ein Preis noch nicht festgelegt ist, wird derselbe zwischen der Firma, einer Kom-mission der Arbeiter und einem Vertreter des Verbandes der Sattler und Portefeuller vereinbart.

Der Punkt 1 sollte den im benachbarten Ober-feld domicilierenden Fabrikanten zu denken geben, ob es denn angebracht ist, den Oberfelder Sattlern noch länger zu verweigern, was die Firma Wiemer u. Co. den Mülheimer Kollegen anstandslos bewil-ligt. Von ebenso großer Bedeutung sind die Punkte 2 und 3. Wir zweifeln nicht daran, daß unsere Oberfelder Kollegen alles versuchen werden, um auch in der Metropole des Ruhrgebietes das ein-zuführen, was in Mülheim a. Ruhr nunmehr Rechtens ist.

Von Wichtigkeit ist ferner auch die Tatsache, daß sich die Firma bereit erklärt hat, mit uns einen Tarif auch für preussische Arbeiten abzuschließen und sich zu diesem Zwecke auch an den etwaigen Verhandlungen zu beteiligen, die einen südwest-deutschen Tarifvertrag zum Ziele haben.

Brieg (Bezirk Breslau). Wie man die Wahrheit auf den Kopf stellt. Dies kann man in dem erbiterten Kampfe sehen, den die kleine Schar der Ausständischen gegen den gewaltigen Militärseifenfabrikanten Schneider zu führen hat. Wir brachten in der vorstehenden Nummer einen Be-richt über den Streik bei genanntem Herrn. Die „Breslauer Volkswacht“ sowohl wie die „Brieger Zeitung“ (freisinnig) brachten diesen Artikel, letztere allerdings in kürzerer Form. Flug setzte sich Sch. auf die Hosen und richtete folgende „Nichtigstellung“ nicht an die „Volkswacht“, sondern an die „Brieger Zeitung“.

„Zur Nichtigstellung des Artikels in Ihrer Nr. 106 vom 8. Mai d. J. „Der Ausstand der Militärsattler“ ersuche folgendes anzunehmen: Nicht seit Jahren traten die Militärsattler mit Forderungen behufs Lohnerhöhung an die Be-triebsleitung der Militär-Effekten-Fabrik hier Carl Schneider heran, sondern erst am 16. April 1910 wurde von Seiten der Sattler ein Lohn-tarif vorgelegt, welcher der Betriebsleitung große Pflichten auferlegen wollte, dagegen erhielt der-selbe von Gegenleistungen kein Wort. Nach Ein-gang dieser Forderungen wurden auch erhebliche Erhöhungen für mehrere Artikel bewilligt, für die übrigen Stücke erübrigte sich eine Lohnerhöhung, weil hierfür bedeutend höhere Preise gezahlt wer-den, als dies bei der Konkurrenz der Fall ist. Hieraus wurde der sozialdemokratische Delegat Carl Wartsch aus Breslau bei der Betriebsleitung vor-gestellt, um sofort ohne Unterbrechung abgewiesen zu

werden. Bei seinem Fortgange bedrohte (?) Wartsch die Fabrikleitung mit den Worten: „Das werden Sie bereuen!“ Wartsch war um diese Zeit fast täg-lich auf hohe Kosten der organisierten Mitglieder in Brieg und hat den Sattlern durch seine Ver-reden den Kopf derartig verdrückt, daß die vielen schließlich ohne wesentlichen Grund die Arbeit niederklegten, und dies jedenfalls zu ihrem großen Nachteil. Zu berichten ist noch, daß die Arbeits-zeit nicht 61, sondern 58 Stunden pro Woche be-trägt, auch können die Sattler bei den hier ge-zahlten Löhnen nicht wie der Artikel in Nr. 106 besagt 15 Mk. 45 Pf., sondern bei einigem Fleiß und Geschicklichkeit mindestens 30 Mk. und mehr die Woche verdienen. Dieser Streik ist von Seiten des Breslauer Aufhebers direkt vom Zaune ge-brochen und diente als Anlaßprobe angesehen werden. Die Krankentafelbeiträge der Betriebs-frankenkasse dieser Fabrik sind so niedrig wie bei keiner dieser Art Kassen, dagegen die Gegen-leistung höher wie bei jeder anderen Kasse. Die Verwaltung dieser Kasse wird von Seiten der Be-triebsleitung tollkühn weiter geführt. Auch wird der Kassen um unter dem Einkaufspreise abge-gelien, muß jedoch geführt werden, weil die Auf-traggeber dem Fabrikanten hierfür bestimmte Ver-pflichtungen vertraglich auferlegen.

Carl Schneider, Brieg.

Die „Brieger Zeitung“ war so liebenswürdig, jetzt nicht mal ein „Eingekandt“ aufzunehmen. Wir haben darüber eine „besondere“ Meinung, warum sie es nicht tut. Wir sind auch der Meinung, daß so mancher Kollege in Brieg seine Meinung dahin-gehend revidieren wird, welches in Zukunft sein Leiborgan werden wird.

Die „Volkswacht“ in Breslau hat bereits unsere Erwiderung auf diese „Nichtigstellung“ gebracht, und auch Sch. wird uns nicht verübeln, wenn er als Abnommer unseres Blattes noch öfter in die Lage kommt, über seinen Betrieb und die dort üblichen Gespinnstereien so manches Interessante zu lesen.

Unsere Antwort auf die „Nichtigstellung“ lautete so: „Es ist richtig, daß die Sattler als langjährige Mitglieder des Verbandes der Sattler und Portefeuller die Einreichung eines Kollektivvertrages ver-langten, welcher auch von der Organisation zum „ersten Male“ eingereicht wurde. Der sogenannte Berliner Vertrag bildet die Grundlage für alle deutschen Militärsattler und ist von allen deutschen Fabrikanten anerkannt worden, mit Ausnahme einiger seltener bekannten Unternehmer, welche qualifizierte Arbeiter noch unter dem ortsüblichen Tagelohn beschäftigen. Es ist unwar und falsch, daß zum ersten Male die Sattler mit Forderungen herantreten. Um nicht gemahregelt zu werden, gingen stets im Laufe der Zeit die Kollegen teilweise vor, um in bescheidener, fähiger Weise eine Auf-besserung ihrer Löhne zu verlangen. In den meisten Fällen, wie überhaupt bei verschiedenen Lohn-zahlungen usw. wurde den Arbeitern im Konser-nation geantwortet. Ganz minimale Zugeständnisse waren nach langem Warten dann das Resultat. Worin die erheblichen Erhöhungen bestehen sollen, ist den Ausständigen nicht klar, da sie in keiner Weise an die allgemeinen Forderungen heranzukom-men, ganz zu schweigen von dem, was alles in dem re-duzierten Tarif schon preisgegeben war, um nur den Frieden zu erhalten. Auf die vorhanden sein sollende Konkurrenz, welche noch weniger bezahlt als Sch., möchten wir die „Landmeister“ verweisen, welche jetzt den Hausreißer in Brieg machen. Diese Herren „Arbeitgeber“ sind gemäß in der Lage, noch etwas „nenbenbei“ zu übernehmen. Bei einer solchen Kon-kurrenz zu arbeiten, bedeuten sich unsere „erbeten“ Arbeiter.“

Wenn von Gegenleistungen in dem Vertrag kein Wort steht, so scheint Schneider noch nicht zu wissen, daß 61 Stunden Arbeitszeit wöchentlich nach dem gesetzlichen Arbeitsvertrag die Gegenleistung be-deuten. Die 58stündige Arbeitszeit ist erst dieses Jahr in Kraft getreten.

Der Hauptpostel ist in dringender Weise von der Gesamtheit der Arbeiter schon seit langer Zeit aufgefördert worden, die Vorarbeiten zu leisten und in geheimer Abstimmung wurde einstimmig der Ausstand beschloffen. Es ist unwar und die größte Verdrehung der Tatsachen, daß 30 Mk. und mehr verdient werden können. Die Kollegen sind empört über eine derartige Täuschung der Öffentlichkeit. Warum zahlt man den treuen Zuschneidern nur 20 bis 23 Mk. Lohn? Warum besolbet man Wochen-arbeiter mit 15 Mk.? Für welche Leistungen zahlt man 30 Mk. an den Helmlederer? Warum be-zahlt der Herr Werkmeister nach 20jähriger Tätig-keit nur etwas über 30 Mk.?

Was die Krankentafelbeiträge mit dem Aus-stand zu tun haben, ist uns unerklärlich. Die Kol-legen haben nach Möglichkeit, aus gewissen Gründen — vermieden, die Segnungen der Krankentafel auf längere Zeit zu genießen. Was die Anrempelungen gegen meine Person betreffen, so ladt man damit keinen Hund hinterm Ofen herbor. Jeder tut es eben so gut ers kann und wie es in seinem Wesen

liegt. Ich für meine Person habe schon in früherer Jugend „Aniges Umgang mit Menschen“ gelesien und dem entsprechend schon gute Erfolge auf gewer-schaftlichen Gebieten mit anderen Unternehmern ge-seht.

Unbeschadet dessen werde ich in Zukunft in Brieg, sowie überhaupt in Schlesien, die Sattler-ge-sellen auf den Wert ihrer Arbeitskraft aufmerk-sam machen, damit diese Ausbeutungsbetriebe immer mehr zu der Erkenntnis kommen, sich als „lebende Menschen“ zu fühlen.

H. Wartsch, Gauleiter, Görlitz, Ströhr. 21.

Aus unserem Beruf.

W. Wuraw u. Co., Taschenfabrik in Berlin. Ueber diese Firma, die früher eigentlich nicht zu den schlechtesten der Reichshauptstadt gehörte, geht uns folgende Schilderung der jetzt dort „eingesessenen“ Mißstände zu. Zu Ruh und Frommen unserer Kol-legen und als abschreckendes Beispiel dafür, wie ein Arbeitgeber bzw. eine Arbeitsstätte — nicht sein soll, wollen wir mit nachstehendem wieder einmal zeigen, wie das „gute“ Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter schmählich in die Wüste geht, sobald eine Lohnaufbesserung gewünscht wird.

„Daß der Gegensatz zwischen Kapital und Ar-beiterschaft immer schroffer wird, konnte ich in letzter Zeit so recht bei der Berliner Taschenfabrik W. Wuraw u. Co. beobachten. Schon in unserer Dezemberversammlung schilderte ein Kollege diesen eigenartigen „Verrieh“: wie an drei langen Tischen die Kollegen arbeiten, vorn an der Schmalseite sitzt in der Mitte den ganzen Tag über, mit nur ge-ringen Unterbrechungen, der eine Chef (die Firma hatte deren drei), von Zeit zu Zeit flackert er auf ein erhöhtes Podium (Schreibtisch) und über-blickt von dort scharfen Auges die Arbeitenden. Wenn zwei irgend etwas besprechen, das kann er abhört nicht vertragen, dann läßt er sein Auge von ihnen weg, kommt, wenn das nicht hilft, schließlich heran und fragt nach irgend etwas.“

In Anbetracht der allgemeinen Teuerung und da die Firma noch vielfach geringe Löhne (Minimallohn und 51 Pf.) zahlte, wurde die Kol-legen-schaft Ende September v. J. wegen Lohnauf-besserung vorstellig. Nach zwei Wochen, während der Zeit der erste Chef, Herr W. Wuraw, aus der Firma schied, bewilligten uns die beiden bleibenden Chefs, Gebr. Kren, pro Stunde eine Zulage von 2 Pf. Da ich ziemlich ein ganzes Jahr gearbeitet hatte, ohne Zulage bekommen zu haben, und da die jetzt ge-währte nun zu minimal ausfiel und weil ich auch ein-sah, daß die Chefs von selbst nichts zulegten, wurde ich nach Monatsfrist wiederum vorstellig und erhielt nochmals 2 Pf. Zulage. Ich halte nun den überall in Berlin schon längst gezahlten Lohn von 55 Pf. pro Stunde. Als ich kurz vor Oetern d. J. nochmals versuchte, meine Lage aufzubessern, bot mir Herr O. Kren 50 Pf., womit ich aber keines-wegs einverstanden war. Ich bekam nun zu hören: Wir gehen mit der Teuerung mit, das Material ist immer teurer geworden, trotzdem bekommen wir nicht mehr für die Taschen usw. — Charakteristisch ist wohl sein Ausdruck: Ich habe Sie ja nicht als einen vernünftigen Menschen kennen gelernt, wenn Sie bei uns aufhören, wird es Ihnen nachher leid tun; verschiedene arbeiten bei uns schon über zehn Jahre usw. Schließlich meinte er: na, wir wollen mal sehen, was sich machen läßt. Resultat nur 1 Pf. Nach Oetern wurden einige der geringst entlohn-ten Kollegen vorstellig, erzielten aber auch statt der er-hofften 1 Mk. nur die Hälfte, also nur 50 Pf. Zu-lage pro Woche. Nun mußte ich noch zu meinem Schmerz bemerken, daß ich mir auch das Wohl-wollen des „lieben Meisters“ arg verherbt hatte, verschiedene Adressen liegen mir darüber keinen Zweifel, z. B.: was wollen Sie mit dem Papier? Wozu brauchen Sie die Papp? Als es mal mit meinen Henteln haperte, rief er dem betr. Kollegen zu: „Ich habe Ihnen doch gesagt, „der“ soll sich seine Hentel allein machen!“ Daß darauf — ich stand an der Pappschere — fragte er mich wieder: „Was haben Sie gestern mit der Papp gemacht?“ (Es handelte sich um Abfallstücke.) Da er mich nicht beim Namen nannte, arbeitete ich ruhig weiter. Nun fragte er mich unter Anwen-dung nochmals, ich erklärte es ihm nun, aber solches Benehmen würemt mich doch ganz gewaltig. Als der Meister kurz darauf zum Meier neben meinen Platz kam, zeigte ich ihm die von der Papp geschmittenen Muster und sagte: Hier können Sie es sich ansehen, damit Sie nicht etwa denken, ich habe etwas unbedachtigerweise verbraucht! Er ant-wortete barisch: „Seien Sie nicht so vortlaut“ und ging mit rotem Kopf weiter. (Mein Hieb hatte gefessen.) Von seinem Platz aus warf er wieder und immer wieder finstere Blicke auf mich, so daß die Kollegen zu tricheln anfangen; aber er schien nicht einzusehen, daß er heimlich handelte. Wie konnte ich armer Teufel es auch wagen, mich zu beantworten; ich, der es in seinem Militärverhält-nis nur bis zum U. m. W. gebracht hat, während der liebe Meister, der früher auch nur einfacher

Portefeuille, also engerer Kollege von mir war, es bis zum aktiven Unteroffizier brachte und noch dazu im Nebenberuf Berliner Hausbesitzer ist. Er muß doch wohl besseres „Handwerkzeug“ besessen haben? — Kennzeichnend ist wohl auch, daß er am selben Tage zu einem Kollegen, der ein Stück Zeitungspapier zum Anschaffern haben, sagte: „Dazu in das Zeitungspapier zu teuer!!!“

Endlich kam es mit mir zum Klappen. Als ich meine letzte Arbeit, 6 Duzend Faltenaschen, fertig machen wollte, drei Seiten einschlagen, unten abgerundete Ecken, oben spitz, einzuschneiden, kam er 1 1/2 Stunden vor Feierabend (Sonnabend) zu mir und verlangte, daß ich bei dieser Arbeit aufhören und mir erst, etwas unter den Schärfeisen legen sollte. Ich wußte sofort, was die Glocke geschlagen und antwortete: „Im Eifer geht es schneller und besser.“ Um 4 Uhr sagte er dann bei der Lohnzahlung: „Wenn Sie meinem Wunsch nicht nachkommen, dann können wir nicht weiter zusammen arbeiten.“ Ich erwiderte: „Wenn Sie das wollen, dann höre ich eben auf.“ Als wir im Kontor von dem anderen Chef meine Papiere ausgehändigt wurden, weigerte ich mich, den Kaffas, daß ich auf weitere Ansprüche verzichte, zu unterschreiben. Nun wurde der Kontorchef grob, er schrie mich an: „Das wollen wir doch mal sehen, das wäre ja noch schöner.“ Sie müssen unterzeichnen, der Verein (welcher?) will es so haben.“ Ich antwortete ruhig: „Wegen Sie sich nur nicht auf, streichen Sie den letzten Satz aus, dann werde ich unterschreiben.“ Darauf rief er mir zu: Sie sind ja ein ganz Schlauser! Ich sagte: Guten Abend! und höchstlich zufrieden, diesem Mutterbetriebe nicht mehr anzugehören, drückte ich die Klingelnde Tür ins Schloß. (Meine Invalidentarte war nicht regelmäßig geklebt, so daß ich bei der Landesversicherungsanstalt Bescheinigung erholte.)

Mit der Schärferci liegt es in dem Betriebe sehr im argen. Herr L. Kren schärft in der Hauptsache selbst, einiges die Lehrlinge. Während des Schärrens läßt er nun öfter seine Augen über uns alle hinschweifen (Ann. d. Red. Dieses fortwährende fürchterliche „Augenrollen“ von Chef und Meister ist ja geeignet, ängstliche Gemüter nervös zu machen und Krankentafel und Verband ungebührlich zu belasten, wodurch wiederum eine Erhöhung der Beiträge unumgänglich notwendig wird), wohl nur um darauf zu achten, daß uns niemand was zu leide tut. Die Schärferci gelingt dadurch natürlich nicht besonders, meilenteils ist alles zu dünn, plötzlich ganz dünn, oft ganze Stücke rausgerollt. Mancher fröhliche Wunsch liegt schon von uns gen Himmel. — Bei meiner letzten Arbeit mußte ich alles nachschärfen. Als der „Schärfer“ mich daraufhin frag: ist denn soviel nachzuschärfen? zeigte ich ihm, daß er das Messer nicht weit genug zurück eingestrichelt hatte; ich gab ihm den Rat, er solle sich stets von jeder Art ein Stück vorgeichnen lassen und danach das Messer etwas hinter dem Strich einstellen. Dies muß wohl zuviel Arbeit verursachen, aber daß man alles nachschärfen muß und dadurch unnötigerweise viel Zeit verdirbt, wird nicht bezweifelt. Als ob man nicht weiß, was eine gute Schärfermaschine unter der Hand eines intelligenten Schärfers leistet.

Seitdem die Gebr. Kren alleinige Inhaber sind, ist deutlich zu erkennen, daß sie ihr Geschäft in einen Großbetrieb umwandeln möchten. Erst wurde eine elektrische Normalfuhr angeschafft, nach der feilen Ueberzeugung der Kollegen nicht der Normalzeit wegen, sondern nur um das An- und Abklingen der Frühstücks- resp. Mittagspause „pünktlich“ erfolgen lassen zu können. Am Himmelstags wurden die Nähmaschinen in elektrischen Betrieb umgewandelt, dazu kam eine ganz neue Maschine, nur zum Genestheppen (2 Nadeln), so daß es jetzt 8 Stück sind. Die Sache muß einen ganz schönen Wagnis gekostet haben, wie die Kollegen der halben Zulage inanimiert meinten: Alles für unsere halbe Wark! —

Aus technischen Gründen mußten auch die beiden Schärfermaschinen umgestellt werden, so daß der „Schärfer“ uns nun den Rücken zugehrt. Wie muß ihm jetzt das Herz bluten, daß er die Arbeitenden nicht mehr übersehen kann? — Vielleicht kommt ihm nun nachgedrungen die Erlaubnis (leider etwas spät), daß er besser tut, wenn er einen wirklich tüchtigen Schärfer einstellt. Nun zum Schluß. Das Abortweien der Firma ist auch durchaus nicht der Neuzeit entsprechend. Für 20 Personen (25 Kollegen, 2 Lehrlinge, 1 Hausdiener und 1 Arbeitsbucher) ist nur 1 — ein — Klosett vorhanden, und noch dazu was für eins!

So was „Nützliches“ gibt's wohl nirgends. Wandler muß bei der Benutzung die Zwischenstufen auslassen, um für seine Gliedmaßen genügend Platz zu haben. Etwa 1 1/2 Meter über dem Fußboden befindet sich ein schmales Fensterchen, das aber meistens zugeregelt ist. Der üble Gestank zieht infolgedessen nicht ab, sondern wird vom Wind in die Brusthant hineingedrückt. Wenn wir im Arbeits-

saal ein Fenster öffnen, entstand Zugluft und der „Dust“, der auch von dem vor dem Abort befindlichen Piffior herrührt, zog erst recht zu uns herein. Früher wurde mindestens einmal wöchentlich desinfiliziert, dieses unterbleibt jedoch in letzter Zeit. Da doch im Betriebe alles modern elektrifiziert wird, könnte ja auch ein Ventilator angebracht werden, der die schlechte Klosettluft nach außen treibt. —

„Pfläffische“ Unbuddhantleit. Wie manche „Geistliche“ bemüht sind das wahre Christentum und — nahe und echte Christen aus der heutigen Kirche hinauszutreiben, zeigt wieder einmal sehr deutlich ein Vorgang in Kieder-Roden. Unser langjähriger und tüchtiges Mitglied, der Kollege Grimm, war verstorben. Der „zuständige Seelsorger“, der Herr Pfarrer Schmitt, verweigerte dem Verbliebenen das übliche „Glockengeläute“ bei der Beisetzung, und zwar aus dem Grunde, weil unser Kollege keine Eitern gehalten hätte. — Derselbe Nachfolger Christi hatte es aber feinerzeit abgelehnt, unsern Kollegen zu trauern, bevor er nicht das „Erfenbacher Abendblatt“ abbestellt habe und auch aus dem sozialdemokratischen Vereine ausgetreten sei!

Jedes Wort der Kritik an solcher Handlungsweise kirchlicher Intoleranz wäre Verwundung an Zeit und Tinte. Nur um zu zeigen, wie wenig die heutige Kirche und ihre Vertreter noch wahrhaftes Christentum und wahre christliche Weltanschauung ihre Eigen nennen können, mögen die Worte des großen Nazarenes hier eine Stätte finden, denn er sagte: „Liebet eure Feinde, segnet die Euch fluchen, bittet für die, so Euch beleidigen und verfolgen.“ — Das ist wahre christliche Größe! Das erstere hingegen erbärmlich kleinliche „kirchliche“ Unbuddhantleit. —

Und die Kirche hat doch noch so viel zu verlieren.

Korrespondenzen.

Hannover. (E. 10. 5.) Eine am 30. April tagende Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Die gegenwärtigen politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe. Referent: Gewerkschaftssekretär E. Wan. 2. Wahl eines 1. Vorsitzenden, 3. Verschiedenes. Der Referent schildert die Reichspolitik und die Steuervermehrung, die speziell der Arbeiterschaft ausgeht. Auch die jetzige Wahlrechtsreform wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Speziell in der Provinz Hannover wird es der Arbeiterschaft durch die bürgerlichen Parteien unmöglich gemacht, einen Abgeordneten in den Landtag zu entsenden, darum ist es Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder, sich auch politisch zu betätigen. Denn die Gesetze, die von der Regierung und den bürgerlichen Vereinen gemacht werden, richten sich stets nur gegen die Arbeiterschaft. Referent schildert auch die Kämpfe seit dem Bestehen des Sozialistengesetzes zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft. Im Jahre 1892 hatten die Gewerkschaften eine Mitgliederzahl von 270 000, 1893 sank dieselbe um 30 000, so daß sie bis auf 240 000 herunterging. 1892 waren 100 Streiks zu verzeichnen. Dieselben kosteten 84 000 Mk., 29 000 Mk. hatten die Verbandsklassen aufgebracht, der übrige Teil ist durch Sammlungen aufgebracht worden. In den Krisenjahren 1900—1902 hatten sich die Unternehmer selbst auf Kämpfe eingerichtet und infolge der Aussperrung im Baugewerbe 1905 in Rheinland-Westfalen wurden die Arbeitgeber gezwungen, die Tarifverträge einheitlicher zu gestalten, so daß die Gewerkschaften noch Erfolge erzielen, wo man sie doch zerschmettern wollte. Hier war es den Arbeitgebern darum zu tun, die Kassen zu leeren. Der Kampf in der Holzindustrie kostete 3 000 000 Mk. und wurde trotz alledem siegreich für die Arbeiterschaft durchgeführt. Auch die Unternehmer der Buchbindereien unternahmen einen Sturm auf die Organisation, um dieselbe zu vernichten. Die Krisenjahre 1907—1908 brachten den Bauarbeitern neue Kämpfe, die aber durch einen geschickt geführten Schlag durch die Organisation pariert wurden und damit neue Arbeitsverträge und nennenswerte Fortschritte erzielten. Die gewerkschaftliche sowie die politische Bewegung haben hier an Orte große Fortschritte zu verzeichnen. In Industrie, Handel und Verkehr sind in Hannover circa 105 000 Personen beschäftigt. Davon sind 38 000 gewerkschaftlich und 17 000 politisch organisiert. Es ist also noch immer eine große Zahl Arbeiter zu organisieren. Im 2. Punkt: Wahl eines 1. Vorsitzenden, war man auch diesmal so weit, dieselbe wieder vertragen zu müssen. Hier führte Genosse Wan an, daß es sehr bedauernd ist, daß sich unter so viel alten Kollegen niemand bereit erklärt, den Posten anzunehmen, denn es ist nicht nur notwendig, daß man in die Versammlungen geht und zuhört, und nach Schluß derselben wieder alles dem alten Spiel überläßt, sondern es ist auch eines jeden Kollegen Pflicht, wenn nur irgend möglich, in der Organisation mitzuarbeiten. Hierauf wurde noch-

mals zur Wahl geschritten und wurde Kollege Wislupf zum 1. Vorsitzenden und Kollege Schmidt zum 2. Vorsitzenden gewählt. Im „Verschiedenen“ wurde nochmals auf den Ausbau der Organisation hingewiesen und auf den Zusammenhalt der Kollegenschaft, der speziell hier am Orte hochgehalten werden soll. Eine weitere Diskussion fand nicht statt und schließt der Vorsitzende die von 54 Mitgliedern besuchte Versammlung um 11 1/2 Uhr.

Münster. (E. 12. 5.) Am 30. April fand unsere Hauptversammlung im „Historischen Hof“ statt, in der Genosse Bernheim über: „Die Bedeutung des Achtundtags“ referierte. In seinen Ausführungen schilderte der Referent die Bedeutung und die Vorteile des Achtundtags für die Arbeiterklasse. Auf die Schäden der Ueberproduktion hinweisend, welche ja nur die Hauptursache der Arbeitslosigkeit ist, meinte der Redner, der Ueberproduktion könne aber nur mit der Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag entgegengetreten werden. Die Ausführungen des Redners wurden mit Beifall aufgenommen. Des weiteren befand sich noch der Punkt „Regelung der Unterfertigung der Bauarbeiter“ auf der Tagesordnung. Nach einer kurzen Debatte wurde fast einstimmig beschlossen, während der Dauer der Aussperrung einen Extrabeitrag von 20 Pf. von den männlichen und einen solchen von 10 Pf. von den weiblichen Mitgliedern zu erheben. Nach Regelung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

München. (E. 9. 5.) Am 23. April hielt Kollege Ellinger in unserer Mitgliederversammlung einen trefflichen Vortrag über: „Das Genossenschaftswesen“. Von den Anfängen der Genossenschaften aus den 60er Jahren ausgehend, ging Referent die verschiedenen Stadien der Bewegung durch bis zu der jetzigen großen Bedeutung, die besonders die Konsumgenossenschaften erreicht haben. An der Hand reichen statistischen Materials konnte Redner einen interessanten Einblick in die Geschichte und den Umfang der verschiedenen Arten der Genossenschaften gewinnen. Da durch die eminente Verbilligung der Konsumartikel, infolge der Ausschaltung des Zwischenhandels, besonders dem Arbeiter eine reichlichere Lebenshaltung möglich wird, müssen wir kräftig an dem Ausbau und der Ausbreitung der Konsumgenossenschaften mitwirken. In der Diskussion bemerkte ein Redner, daß es gerade hier in München den Leuten sehr schwer gemacht wird, dem Konsumverein anzugehören, da so ziemlich jeder Hausherr einen Laden in seinem Hause hat und zum großen Teil seine Einwohner verpflichtet, nur in diesem einzukaufen. Verschiedene Kollegen wiesen auf die Vorteile hin, die sie als Mitglieder des Konsumvereins genießen und fordern alle auf, denselben beizutreten. Ferner kam noch die Entlassung zweier Kollegen bei der Firma Reichhardt acht Tage nach der Streikbeendigung zur Sprache. Die Verwaltung hat bereits dagegen Schritte unternommen; für die nächste Woche ist Termin vor dem Gewerbeamt anberaumt, welches zu entscheiden hat, ob Maßregelung vorliegt oder nicht. Bezeichnend ist die Motivierung der Entlassung: ein Jahr konnten die Leute zufriedenstellend arbeiten, nun nach dem Streik ist man mit den Leistungen nicht mehr einverstanden. An Streikbrecher stellt man allerdings nicht so hohe Ansprüche!

Striegau. (E. 9. 5.) Am Donnerstag, den 28. April, fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Außer allen organisierten Kollegen waren nur wenige unorganisierte Kollegen erschienen, trotzdem die Einladungen an letztere hinlänglich ausgegeben wurden. Zunächst wurde die Abrechnung vom 1. Quartal d. J. bekanntgegeben und die Mithatigkeit derselben von den Revisoren bestätigt. Der hier anwesende Gauleiter, Kollege Vortsch, hielt dann einen längeren Vortrag über das Thema: „Welche Lehren ziehen wir aus den gegenwärtigen Streiks und Lohnbewegungen in unserer Beruf?“ Insbesondere verwies der Redner auf die zugeit noch bestehende Lohnbewegung der Militärattillerie in Bregau und erwähnte die Anwesenheit, fest an der Organisation zu halten und neue Mitglieder zu werben, damit auch in Striegau bessere Verhältnisse als die bisher bestehenden für die Arbeiter geschaffen werden können. Drei unorganisierte Kollegen traten dem Verbands als Mitglieder bei. Anschließend an die Versammlung fand eine Verwaltungssitzung statt, die sich mit der Maßregelung des Kollegen Wenzel beschäftigte. Kollege Vortsch ließ über Grund und Ursachen der Wenzelschen Entlassung berichten, der sämtliche über das Vorkommnis gleichlautende Aussagen machten, kam Vortsch zu der Ansicht, daß hier eine indirekte Maßregelung vorliegt, und erklärte, er wolle die beim Vorstand beantragte Gemäßigtenunterstützung befürworten.

Duisburg. (E. 14. 5.) Am Sonntag, den 8. Mai, fand hier eine öffentliche Sattlerversammlung statt. Als Tagesordnung war vorgesehen ein Vortrag des Gauleiters, Kollegen Schneider, über:

„Die Bedeutung der Tarifverträge für die Arbeiterschaft“. Anwesend waren circa 60 Kollegen. Von diesen 60 Kollegen waren jedoch leider nur 8 Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle, die übrigen waren Militärdienstler aus München a. M. Die Mehrzahl der letzteren, welche erst vor einigen Tagen von Berlin herübergekommen waren, hatten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die sie bei der Firma Wiener u. v. Eiden vorgefunden, allerhand Enttäuschungen erleben müssen. Und weil sie der Meinung waren, daß diese Verhältnisse, mit denen sie nicht zufrieden sind, geändert werden können und möglichst bald geändert werden müssen, wurde auf Wunsch des Gauleiters der angelegte Vortrag fallen gelassen und in einer mehrstündigen Sitzung die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Wiemer u. Co. eingehend erörtert. Schließlich wählte man eine Kommission, welche damit beauftragt wurde, die Forderungen, auf welche man sich nach manchem Hin und Her der Meinungen geeinigt hatte, am Montag, den 9. d. M., gemeinsam mit dem Gauleiter, der Firma Wiemer u. Co. zu unterbreiten. Nach Schluß der für Duisburger Verhältnisse impositanten Versammlung hielt eine Besichtigung des hiesigen Fabrik- und einer Dampfparterie auf demselben die Kollegen noch bis zum späten Nachmittag zusammen.

Wenn immer und überall so wie hier, die Verbandskollegen nicht nur im harten Kampf ums Dasein, wenn es gilt seinen Mann zu stellen bei der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen frei und ehrlich zusammen halten, sondern auch, das Schöne mit dem Guten verknüpfend, des Lebens Freud in gemeinsamer Weise genießen, so daß unsere Organisation gewissermaßen zum Angelpunkt unseres ganzen Denkens und Tuns wird, dann wird unser Verband immer mehr zu einem Magnet, der mit unwiderstehlicher Macht die uns jetzt noch fernstehenden Kollegen an sich zieht. Dann wird er immer mehr zu einem Fels werden, an dessen eichernen Gerüst sich unsere „Herren“ Wegier die Zähne ausbeißten mögen.

Aus anderen Organisationen.

Zusammenschluß im Transportgewerbe. Die Verbände der Handels- und Transportarbeiter, der Seelente und der Fabrikarbeiter, hielten in der vergangenen Woche in Hamburg ihre Verbandstage ab, denen dann ein gemeinsamer Verbandstag folgte, der die Verschmelzung der drei Organisationen zur Einheitsorganisation aller im Transportgewerbe zu Wasser und zu Lande beschäftigten Personen einstimmig beschloß. Angesichts der steigenden Arbeitslosenziffern der in Frage kommenden Gewerkschaften ein Schritt, der auf keinen Fall mehr länger hinausgeschoben werden konnte.

Abstimmung über die Beitragserhöhung im Holzarbeiterverband. An der Abstimmung haben sich 84 407 Mitglieder beteiligt, von denen 48 905 für und 35 502 gegen die Beitragserhöhung votierten. Damit ist mit erheblicher Mehrheit ein Beitrag von 60 Pf. beschlossen. 50 Pf. des Beitrages sollen der Hauptkasse zufließen, der Rest von 10 Pf. soll, wenn der im Juni in München stattfindende Verbandstag nichts anderes beschließt, den Lokalkassen verbleiben. Die Beitragserhöhung soll ausschließlich der Stärkung des Kampffonds dienen. Mit Rücksicht darauf haben auch eine Anzahl Zahlstellen beschlossen, den ganzen Beitrag von 60 Pf. der Hauptkasse zuzuführen. Bemerkenswert ist, daß Berlin und ein erheblicher Teil seiner Vororte gegen die Beitragserhöhung stimmte.

Der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1909. Der Verband der Fabrikarbeiter hat sich im vergangenen Jahre erfreulich entwickelt. Die Mitgliederzahl, die am Schluß des Jahres 1908 133 633 — darunter 14 987 weibliche — betrug, stieg auf 141 024, darunter 15 749 weibliche. Der Zuwachs beträgt mithin 7 391 Mitglieder. Die Einnahme der Hauptkasse des Verbandes betrug ausschließlich des Klassenbestandes vom Vorjahre 2 482 568 Pf., die Gesamtansgabe 2 386 859 Pf., der Einnahmeüberschuß also 95 709 Pf. Für Unterstützung wurden aus der Hauptkasse insgesamt 1 568 837 Pf. ausbezahlt; davon allein 1 099 309 Pf. für Erwerbslosenunterstützung, die Streikunterstützung erforderte 348 182 Pf. Die Gesamtsumme der ausbezahlten Unterstützungen ist gegen das Vorjahr um 295 110 Pf. gestiegen. Das Vermögen der Hauptkasse betrug am Jahresschluß 1 472 786 Pf.; in den Lokalkassen waren 303 658 Pf. vorhanden, so daß das Gesamtvermögen des Verbandes 1 836 434 Pf. beträgt, gegen 1 202 140 Pf. am Schluß des Jahres 1908. Am Schluß des ersten Quartals 1910 war die Mitgliederzahl auf 150 000 gestiegen und gegenwärtig geht sie schon um mehrere Tausend darüber hinaus.

Die Unterstützungsvereinigungen der in der Arbeiterbewegung Angehörten hatte im Jahre 1909 einen Mitgliederbestand von 2474; 328 Mitglieder traten im Laufe des Jahres ein. Von den Mitgliedern sind 1448 Gewerkschaftsangehörte, 235 politische Bedienstete, 224 Expedienten, 121 Arbeiter-

lehrlinge, 86 Parteiangestellte, 91 Krankenkasienangehörte, 102 Geschäftsführer usw.

An Unterstützungen kamen im Jahre 1909 hinzu: 7200 Pf. Jahresrente für 14 Witwen, 2350 Pf. Minderrente für 34 Minder, 1800 Pf. Invalidenrente für zwei invalide Mitglieder und 350 Pf. Waisenrente für vier Waisen.

An Witwen- und Minderrente gewährte die Vereinigung am Jahresschluß an 36 Witwen 25 200 Pf. Jahresrente und an 70 Minder 5400 Pf. Minderrente, an 5 Minder 550 Pf. Waisenrente und an 5 Invaliden 4500 Pf. Invalidenrente.

Die Witwenunterstützung einschließlich Waisenunterstützung betrug im Jahre 1903: 3300 Pf., 1904: 5600 Pf., 1905: 9100 Pf., 1906: 13 800 Pf., 1907: 15 900 Pf., 1908: 22 400 Pf. und 1909: 30 600 Pf. Die Zahl der Invalidenrentenempfänger stieg von 3 auf 5; diese erhielten im Jahre 1909 3000 Pf. Unterstützung. Für das kommende Jahr muß die Kasse mit einer Belastung von rund 54 000 Pf. rechnen. Das Vermögen der Vereinigung ist auf rund 615 500 Pf. angewachsen, dem Bankguthaben konnten im Jahre 1909 134 461 Pf. zugefügt werden gegen 122 671 Pf. im Vorjahre.

Das Arbeiterinnenretariat, eine zur wirklichen Vertretung der Agitation unter den Arbeiterinnen und deren Interessensvertretung von der Generalkommission errichtete Institution, kam vom Jahre 1909 von einer größeren Inanspruchnahme berichten. Von ihm wurde eine allgemeine Agitation eingeleitet, um den Arbeiterinnen das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zu erringen. Zu diesem Zweck wurde ein Flugblatt in einer Auflage von 200 000 Exemplaren hergestelt. Das durch diese Agitation gewonnene Material soll zu einer Petition an den Reichstag verarbeitet werden. Außer diesem Flugblatt wurde ein Serienflugblatt, das den Gewerkschaften und Kartellen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, herausgegeben. Das erste dieser Flugblätter spricht generell von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation, das zweite von den Leistungen, das dritte von den Erfolgen der Gewerkschaften.

Den Kartellen wurde die Anregung gegeben, Besondereheften für die Arbeiterinnen zu errichten, um dort Beschwerden über ungenügenden Arbeiterinnenschutz entgegenzunehmen. Diese Anregung sowohl wie die Flugblätter wurden im Einverständnis und unter Anteilnahme der Parteiorganisationen geschaffen.

Das Sekretariat vermittelte, wie auch im Vorjahre eine Reihe weiblicher Referenten für Gewerkschaftsversammlungen. Die veranstalteten Lehrgangskunden für gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen erfreuten sich reger Anteilnahme.

Soziales.

„Vollsversicherungen. Haben die sogenannten Vollsversicherungen für die Versicherten einen wirklichen Wert? Diese Frage hat der Gemeindevorsteher von Ahrensfelde, ein Herr Wiggers, kürzlich beantwortet. Er hat sich der Mühe unterzogen, eine Rechnung über die zur Ein- und Auszahlung gelangten Gelder anzustellen und übergibt die nachstehende Abrechnung einer Militärdienstversicherung der Öffentlichkeit. Er schreibt:

Ich möchte für meinen Sohn, den ich im dritten Lebensjahre mit 2000 Pf. bei der Militärdienstversicherungsanstalt in Hannover nach Tabelle B versicherte, jährlich eine Prämie von 78,40 Pf. bezahlen. Nachdem mein Sohn bei den ersten Rusterungen zwei Jahre zurückgestellt worden war, wurde er in diesem Jahre zum Landsturm ersten Aufgebots überschrieben. Ich erhielt daraufhin von der genannten Gesellschaft nachstehende Prämien-Rückgewährabrechnung:

17 1/2 Jahresprämien à 78,40 Pf. 1389,38 Pf.
 Ab 25 Prozent 394,88 Pf.
 1004,50 Pf.

Dividende (Gewinnanteil) aus 18 Jahresprämien à 78,40 Pf., zu 58 1/2 Proz. 45,86 Pf.
 1050,36 Pf.

Ab Porto Ausbezahlt: 1049,91 Pf.

Hätte ich sämtliche Jahresprämien bei einer Sparkasse hinterlegt und nur 3 1/2 Proz. erhalten, so hätte ich am 1. Juli v. J., an welchem Tage mir die Versicherung ausbezahlt worden ist, ein Guthaben von rund 2100 Pf. gehabt, den doppelten Betrag, welchen ich von der Gesellschaft erhalten habe. Es ist deshalb jedem, der eine derartige Versicherung eingeht, dringend zu raten, sich vorher mit den Versicherungsbedingungen, in diesem Falle mit den §§ 10 und 11, genau bekannt zu machen.

Ein ähnlicher Fall wird wie folgt mitgeteilt: Man hatte bei der „Prudentia“ eine Versicherung in Höhe von 200 Pf. abgeschlossen. Einschließlich des Gewinnanteils nebst Zinsen wurden bei Eintritt des 14. Lebensjahres 265,04 Pf. ausbezahlt. Um diese zu bekommen, hatten die Leute aber seit einem Vierteljahr nach der Geburt des Kindes, also mindestens 12 volle Jahre lang, wahrscheinlich indessen

länger, wöchentlich 50 Pf. oder jährlich 26 Pf., mithin über 300 Pf. zahlen müssen.

Diese Beispiele, die beliebig vermehrt werden könnten, beweisen, daß die Vorteile der Vollsversicherungen doch recht zweifelhafter Art sind. Es handelt sich eben darum, daß die Versicherungen mit kleinen Wochen- und Monatsbeiträgen für ihren Verwaltungsapparat, zugleich aber auch zur Widdendenausstattung für ihre Aktionäre, Aufkommen von Geldern ausbringen müssen. Um diesem Bestreben nun ein besser aussehendes Mantelchen anzuhängen, wird die Mithoquote der Versicherungen einfach in einer außer jedem Verhältnis zu dem wirklichen Risiko der Gesellschaft stehenden Höhe der Berechnung zugrunde gelegt, und die Folgen sind dann die selbsteigenen Erscheinungen.

Wir haben schon im Vorjahre in einem Artikel darauf hingewiesen, daß die Sterblichkeitsziffer infolge der Maßnahmen hygienischer und sozialer Natur, vor allem aber auch der verbesserten Säuglingsfürsorge, ganz bedeutend und — was das erfreulichste ist, ständig im Niedrigem begriffen ist. Diese Tatsache allein bringt den Versicherungs-gesellschaften „unvorhergesehene“ Einnahmen, die sich alljährlich auf Millionen beziffern. Berücksichtigt man die Riesengewinne, die gerade die „Vollsversicherung“ den schwerreichen Kapitalisten und Aktionären, namentlich aber den an der Spitze solcher Unternehmungen stehenden Direktoren und Generaldirektoren in Gestalt von Riesengehältern und Tantiemen alljährlich in den unerfälllichen Taschen wirft, so muß man bedauern, daß bis jetzt noch keinerlei Versuche unternommen worden sind, diese Gelder etwa mit Hilfe der Konsumvereine oder der Gewerkschaften der Arbeiterschaft zu erhalten. Am besten ist, solche Vollsversicherungen überhaupt nicht abzuschließen und die für Prämien bestimmten Wochengroschen in einer sicheren Sparkasse anzusparen und anzulegen. Auf alle Fälle aber ist es nötig, wenn man schon eine Versicherung abschließt, sich deren Bedingungen genau anzusehen und nicht den willigen Schilderungen der Agenten blindlings Glauben zu schenken.

Die Verteuerung der Heeresverpflegung durch die Höhe. Alles sieht unter dem Zeichen der Verteuerung! Seit der im Jahre 1908 im Deutschen Reich in außerordentlich verstärkter Maße eingeschlagene volksfeindlichen Hochschulzollpolitik, durch die die wichtigsten Lebens- und Bedarfsmittel ganz ungeneuerlich verteuert werden, ist des Klagen über diese „Kalamität“ kein Ende. Vohnerhöhungen der Arbeiter, Erhöhung der Beamtengehälter und damit Erhöhung der Produktionskosten aller Erzeugnisse sind die natürlichen Folgen einer derartigen Gesetzgebung. In welcher hohem Maße das Arbeiterbudget durch diese Verteuerung getroffen wird, haben wir wiederholt zum Gegenstand unserer Betrachtungen gemacht. Interessant ist es daher auch, die Beträge kennen zu lernen, um die die Kasse des Reichs, d. h. die Taschen der Steuerzahler durch den agrarischen Aufstand geplündert werden.

Nach einer Aufstellung des früheren Artillerieoberst Gädke stellt sich die Sache folgendermaßen dar:

In dem Etatsentwurf für das Jahr 1905 sind zur Grundlage der Verpflegungskosten des Heeres folgende Preisansätze gemacht worden:

für die Tonne Weizen	179,77 Pf.
" " Roggen	142,26 "
" " Hafer	144,96 "
" " Getreide	70,43 "
" " Stroh	44,87 "

Für den Heereshaushalt 1910 aber werden veranschlagt:

die Tonne Weizen mit 218,49 Pf.	
" " Roggen	187,96 "
" " Hafer	180,14 "
" " Getreide	73,01 "
" " Stroh	47,85 "

In sechs Jahren ist also für die Heeresvermaltung teurer geworden:

die Tonne Weizen um 89,72 Pf.	
" " Roggen	25,70 "
" " Hafer	15,18 "
" " Getreide	2,58 "
" " Stroh	2,98 "

Der preussische Teil des Reichsheeres bedarf im Jahre 1910

653 Tonnen Weizen
115 019 " Roggen
214 780 " Hafer
105 492 " Getreide
185 287 " Stroh

Der Naturalienbedarf des Heeres kostet demnach gegenüber dem Preisansatz von 1905 im laufenden Jahre mehr:

für Weizen	97 858 Pf.
" " Roggen	3 260 800 "
" " Hafer	2 955 988 "
" " Getreide	872 289 "
" " Stroh	408 156 "
6 028 526 Pf.	

das heißt rund 7 Millionen Mark müssen von den Steuerzahlern allein um bewilligt mehr aufgebracht werden, weil die Getreidepreise seit sechs Jahren so außerordentlich in die Höhe gegangen sind. Für das ganze deutsche Reichsgebiet 148 Divisionen im ganzen gegenüber den 36 des preußischen Kontingents: ist eine noch um ein Drittel höhere Summe, im ganzen also rund 9 1/2 Millionen Mark an Mehrlöhnen anzugeben.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Wie treten jetzt ganz allmählich in die Zeit der „jauren Gurle“. Die Arbeitslosigkeit der bürgerlichen Parlamentarier ist bereits fast im Schwund begriffen. Das Weiter gestaltet sich derart, daß man es einer rechtschaffenen und wohlhabenden — Begriffe, die nie einzeln für sich, sondern stets nur im Zusammenhange vorkommen — Bürgerschaft nicht zumuten kann, noch länger für des Volkes „Wohl“ im dumpfen Sitzungssaal des Parlaments zu „büßeln“. Aber auch die Regierungen bzw. die Träger derselben, die verantwortlichen und unverantwortlichen hoch- und höhergestellten Personen und Beamten haben ein „zwingendes Bedürfnis“, schon jetzt die Flucht aufs Land, an die See oder sonst irgendwo hin zu ergreifen, um „Gedanken“ zu sammeln und Kraft zu schöpfen für die bevorstehenden parlamentarischen Kämpfe.

Der Deutsche Reichstag ist denn auch, nachdem er das Kaligeseh im Geschwindschritt durchberaten und auch die in Frage kommenden Arbeiterschichten wenigstens in etwas berücksichtigt hatte, weil die Sozialdemokraten drohten, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, falls die Arbeiter ganz unberücksichtigt bleiben würden, in die Ferien gegangen. Erst am 8. November, also nach vollen sechs Monaten, wird das Reichsparlament seine Arbeiten wieder aufnehmen, um dann — möglichst schnell wieder in die Weihnachtsferien gehen zu können. Es ist tatsächlich der reinste Hohn mit dieser parlamentarischen „Tätigkeit“. — Arbeiten liegen in Hülle und Fülle vor, aber es will nicht mehr so recht von der Stelle gehen. Die Neuwahlen rücken immer näher und damit steigt die Widerhaarigkeit auch der schmiegsamsten und regierungsfreundlichsten Abgeordneten. Einzig und allein ist es die Zentrumspartei (katholische „Volks“partei), die es sich auch jetzt noch leisten zu können glaubt, volksfeindliche Beschlüsse zu fassen und dito Gesetzen zur Annahme zu verhelfen. Diese Partei ist ihrer „Wähler“ so sicher, oder glaubt es doch zu sein, daß sie auf die Interessen derselben keinerlei Rücksicht zu nehmen braucht. In der Geistesfreiheit und den „christlichen“ Gewerkschaften hat sie denn auch jederzeit „zuverlässige“ Wahlmänner gehabt und wird sie voraussichtlich auch in Zukunft noch weiter haben. Denn über das leibliche Wohlbefinden geht ja sogar auch den Gewerkschaftschriften die christliche „Weltanschauung“, die es allerdings nach der Feststellung des Kölner Erzbischofs gar nicht gibt! Aber was hilft's, man braucht doch einen Wauwau und geht nach wie vor damit freiben. —

Ein neuer Faktor auf dem politischen Kampfplatz der Zukunft macht schon jetzt recht viel von sich hören, es ist der sogenannte Danabund, ein Gegenstück zum Bund der Landwirte. Die Interessenten des Handelsgewerbes und der Exportindustrie sind die Weggeber dieser Organisation, die die Aufgabe hat, die agrarische Zollpolitik im Parlamente zu bekämpfen. Das wäre an sich kein Fehler, nur hat sich auch schon hier und da der arbeitsschädliche Pferdeschuh dieser Herren gezeigt, indem sie auch gegen die sowieso schon sehr schwächliche Sozialpolitik unserer Reichsregierung zu Felde ziehen und damit schon eine reinliche Scheidung zwischen den Angestellten und Prinzipalen, wenn auch wider Willen, vorbereitet haben.

In der preussischen Duma hat man den Wahlrechtsänderer noch einige Zeit vertagt, um erst noch einige neue „Momente“ und „Gesichtspunkte“ entsprechend würdigen zu können und dann wird auch hier das große Sterben beginnen, denn es wird warm.

Eine gelungene Selbstporträtierung. Wie wir der „R. F.“ entnehmen, prägte vor einiger Zeit an allen Ecken und Enden der um den Tegernsee liegenden Orte ein von den Schreinermeistern verbreitetes Plakat nachstehenden Inhalts:

„Bau- und Möbelschreinergejuch. Es werden Gehilfen gesucht unter folgenden Bedingungen: Jeder Schreiner erhält pro Tag 10 Mk. Salär bei freier Verpflegung. Die Arbeiter werden je nach Wunsch per Auto oder Landauer zur Werkstätte gefahren, wo ihnen der Meister die Stiefel zu putzen hat und die Herren darauf in das Frühstückszimmer begleitet, woselbst sie das Frühstück einzunehmen besleben. Die Wahl zwischen Schokolade und Kaffee bleibt den Herren Arbeitern überlassen. Selbstredend steht frische Butter, Marmelade und Honig

zur Verfügung. Ebenso haben Zigarren Nr. 6. Die Wahl des sog. zweiten Frühstücks bleibt dem Belieben der Herren Gehilfen überlassen, doch soll es auf ein Gabelfrühstück beschränkt bleiben. Der Werkmeister liegt die „Mündener Von“ und den „Wahren Jakob“ vor. Von 12-2 Uhr wird Mittag gespeist. Angesichts der unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnisse kann jedoch nur Suppe, Fleisch, Gemüse, Braten und Salat, Mehlspeise, Konfekt, ausnahmsweise Forellen gereicht werden. Vier nach Belieben. Zur Förderung der Verdauung steht edler Benediktiner oder Marthäuser zur Verfügung. Nach dem Diner liegt der Werkführer den „Simplizissimus“ vor. Von 3-4 Uhr wird Kaffee getrunken, wozu frischer Kuchen gegeben wird. Für jene Herren Gehilfen, die an schlechter Mutzirkulation leiden, erscheint um 1/2 Uhr der Kaffee. Um 6 Uhr ist Feierabend. Das Abendessen besteht aus kaltem Geflügel oder Braten, eventuell Schinken oder geräucherter Lachs. Vier nach Belieben. Jeder Arbeiter hat Anspruch auf täglich drei Stück Savanna-Importen und auf einen Freiplatz im Bauerntheater. Während der Zeit von 4-6 Uhr spielt die Tegernseer Musikkapelle. Da sich diese Zustände nicht so ziemlich mit den modernen Ansprüchen der Gehilfen decken dürften, ist eine baldige Beilegung des Schreinerstreits zu erwarten.“

Es gibt bekanntlich nur sehr wenige Menschen, die in der Lage sind, ihr eigenes „Ich“ naturgetreu, sei es im Bilde oder in der Beschreibung, zur Darstellung zu bringen vermögen. Unter den berühmtesten Malern und Bildhauern aller Zeiten hat daher auch das Selbstporträt stets als die schwierigste künstlerische Aufgabe gegolten. Um so mehr muß man staunen, daß es die biederen Tegernseer Tischlermeister anscheinend mit Leichtigkeit fertig brachten, eine überaus wohlgelungene naturgetreue Darstellung ihrer eigenen Lebensweise zu geben. — So stellt sich denn auch heraus, daß diese dummpfiffige, ihnen selbst allerdings wohl sehr „geistreich“ vorkommende Verhöhnung der um Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter nichts weiter ist als ein Plagiat, als eine von Zeit zu Zeit wieder aus des „Unternehmers Schmudschrankchen“ hervorgerollte alte „Waffe“, die schon wiederholt mit geringer Umänderung Verwendung gefunden hat. Also auf Tegernseer Reiz ist diese lebenswahre Schilderung des Tagewerks eines großen Teils der Unternehmer nicht gewachsen. Ein derartiges Schlemmerdasein dürfen nach Ansicht dieser Leute nur diejenigen führen, die nie etwas tun, was mit Arbeit Verknüpfung hat. Der

arbeitende Teil der Menschheit soll und muß gleichzeitig der entbehrende Teil sein. So will es die Moral des heutigen Unternehmers, das ist die Logik der Verteilung der gottgewollten Abhängigkeit in der heutigen Gesellschaftsordnung.

Briefkasten der Expedition.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Nachbestellungen auf die „Arbeiter-Jugend“ in keinem Falle berücksichtigt werden können. Bestellungen auf diese sowohl wie auf die jeweilige fällige Nummer der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ müssen vielmehr spätestens Dienstags früh in unseren Händen sein.

Adressenänderungen.

Parel i. Ctbhg. N.: Paul Zander, Schüttingstraße 7.

Sterbetafel.

Offenbach a. M. Johann Grimm, im Alter von 25 Jahren, an Scharlach.
— Adam Döpp, im Alter von 70 Jahren, an Zuckerkrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.)

- Wauern.** Sonnabend, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Stadt Rittau“.
- Frankfurt a. M.** Sonntag, den 22. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Die Verschmelzung mit Offenbach“. „Der Streik bei Lahmeyer.“
- Hannover.** Sonnabend, den 28. Mai, abends 9 1/2 Uhr, Versammlung bei Hoff, Schillerstr. 4.
- Keteriken.** Sonnabend, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Waders Berge Mitgliederversammlung.

Anzeigen

Wagensattler sofort nach Pfingsten für dauernde Beschäftigung gesucht. Norddeutsche Automobil-Werke G. m. b. H. Hameln.

Verwaltungsstelle Enkheim!
Den Mitgliedern unserer Verwaltungsstelle, sowie den Kollegen in Offenbach zur Nachricht, daß unsere Verwaltungsstelle
Sonntag, den 29. Mai 1910,
im Saale „Zum Kaiser Friedrich“ in Feschenheim ein
*** Bezirksfest ***
veranstaltet.
Ihre Mitwirkung haben zugesagt: die Arbeiter-Gesangsvereine in Enkheim, Bergen, Bischofsheim und Feschenheim, sowie die freie Turnerschaft Feschenheim. Außerdem Tanz, Kinderspiele, Tombola usw.
Beginn 8 Uhr nachm. Entree 10 Pf.
Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein
Die Festkommission.

Gesucht ein Mächtiger
Koffermacher
auf Bügel- und Musterkoffer, bei dauernder Stellung
S. Post,
Koffer- und Lederwarenfabrik,
Damburg, Grimm 2 u. 3.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Montag, den 23. Mai.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

Sie ist in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konsumkästen, Bombardiergeschäften usw. aufkaufe. Ferner liess ich:
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3.50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,
100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundsch. — 500 lende franco. — Nichtbenutzendes nehme unentgeltl. zurück. — Versand nicht unter 100 Stck. — **Ed. Heiser, Berlin, Potsdamerstr. 16.** Rein Laden, nur 1 Treppe. — Begründet 1898.